Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenbeilagen „Unser der Land" u. „Sportvogel" durch die Post M. 2.40 ohne Bestellgeld, durch Boten M. 2.— frei Haus monatl. Ersch. werktägl. nachm. Einzelnummer 15 Pfg. Geschäftsstellen: Hälterstr. 4 (Hauptstelle) u. Gotthardstr. 38. — Im Falle höh. Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung od. Rückvergütung.

Anzeigenpreis für den 8gesp. Millimeterraum 7 Pfg., im Reklameteil (3gesp.) 28 Pfg für Chiffre u. Nachweisung 21 Pfg. Aufschlag. Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenschl. 10 Uhr vorm. — Für unbeteiligte Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postscheckkonto Leipzig 16654. Fernsprech. 100/101.

Nr 31 — Freitag, den 6. Februar 1925 — 165. Jahrgang

Tageschronik

Die Pariser Strafkammer des Kassationshofes hat die Berufung des Generals von Nathusius zurückgewiesen.

*

Die französische Kammer hat gestern die Kredite für die französische Botschaften in Moskau und Warschau angenommen.

*

Handelsminister Raynaldi hatte gestern mit dem Führer der deutschen Handelsdelegation Trendelenburg eine längere Unterredung.

Nach Braun ein Zentrumskandidat.

Mit dem gestern veröffentlichten Entschluß Brauns, die Ministerpräsidentschaft nicht anzunehmen, ist die Krise in ein neues Stadium getreten. Nach Schluß der Plenarsitzung des Preußischen Landtages traten gestern die Fraktionsführer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen, in der die Lage erörtert wurde. Das Zentrum hat sich erboten, einen ihrer Parteiangehörigen als Kandidaten für die am Dienstag stattfindenden Präsidentschaftswahlen zu stellen.

Dienstag Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschloß am Donnerstag, daß die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag, den 10. Februar auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt werden soll. Daran soll sich anschließen die Wahl des Landtagspräsidiums. Die Tage vom 11. bis 17. Februar sollen plenarsitzungsfrei bleiben. Das Plenum soll dann wieder vom 18. bis 21. Februar tagen, um eventuell, falls das Kabinett fertiggestellt ist, die Regierungserklärung entgegenzunehmen und eine Aussprache darüber anzuschließen.

Gegen die Schmutz- und Schundliteratur.

Berlin, 5. Febr. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im preußischen Landtage eine kleine Anfrage eingebracht, in der vom Ministerium in Anbetracht der Gefahr für die deutsche Jugend die entschiedenste Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur verlangt wird, insbesondere durch Schaffung einer Kontrolle des Straßen- bezw. Bahnhofshandels.

Kroner legt Berufung ein.

Berlin, 5. Febr. Die Verteidiger des Landgerichtsdirektors Kroner erklärten bereits nach Schluß der Verhandlung daß Kroner sich dem Urteil des erweiterten Schöffengerichts nicht unterwerfen, sondern Berufung einlegen werde. Für den Berufungsprozeß ist die Große Strafkammer am Landgericht 1 zuständig.

Ruhrentschädigung und Dawes-Abkommen.

Berlin, 6. Febr. Zu den Behauptungen der französischen Presse, daß die Entschädigungszahlungen an die Ruhrindustrie einen Verstoß gegen die Bestimmungen des Dawes-Abkommens bilden, wird von gutunterrichteter Seite geschrieben: Von einem Verstoß gegen das Dawes-Gutachten kann schon aus dem Grunde keine Rede sein, weil das Abkommen die von Deutschland zu leistenden Zahlungen vollkommen festlegt. Der einzig gültige Faktor des Zahlungsprogramms liegt in den sogenannten Indexbestimmungen, nach denen in gewissen Zeitpunkten die Höhe der von Deutschland zu leistenden Zahlungen mit einer etwaigen Erholung der Einnahmen des Reiches in Einklang gebracht werden soll. Im übrigen sind für die Ausführung des Dawesabkommens durchaus nicht sämtliche Einkünfte des Reiches verpfändet, sondern nur ein bestimmter genau umgrenzter Teil von ihnen. Ueber den Rest kann das Reich frei verfügen. Es ist selbstverständlich, daß wir die Träger der erpreßten Zwangslieferungen aus der Zeit des Ruhrkampfes ebenso entschädigen müssen, wie den übrigen Reparationslieferanten.

Die Entschädigung des Reichs entspricht übrigens bei weitem nicht dem tatsächlichen Wert der Lieferungen.

Wenn in die Wirtschaftskreise, auf die das Reich für die Reparationslieferungen angewiesen ist, etwa Unsicherheit über derartige Entschädigungen hineingetragen würde, so würde es bald sehr schwierig werden, die Industrien zu Lieferungen für Reparationszwecke zu bewegen. Das liegt aber doch zweifellos keineswegs im Interesse der französischen Empfänger. Es darf auch nicht vergessen werden, daß gerade die Ruhrindustrie Hauptträgerin der Reparationslasten ist, da sie den wichtigsten und größten Teil der Lieferungen, nämlich die der Kohlen aufbringt.

Wenn ein Teil der französischen Presse versucht, einen Zusammenhang zwischen der Dawes-Anleihe und der Ruhrentschädigung zu konstruieren, so muß hiermit festgestellt werden, daß diese beiden Angelegenheiten nicht das geringste miteinander zu tun haben. Die 800 Millionen Mark, die die Anleihe gebracht hat, liegen in der Reichsbank zur Verfügung des Transfer-Kommissars, der damit die von Deutschland im ersten Jahre des Abkommens aufzubringenden Sachleistungen abdeckt. Das erste Ziel des Dawes-Abkommens ist die Wiederherstellung und Sicherung der deutschen Reparationsfähigkeit. Die Erreichung dieses Zieles wird aber unbedingt in Frage gestellt, wenn außerhalb des Abkommens ständig neue Schwierigkeiten gemacht werden und dadurch Unruhe im deutschen Wirtschaftsleben erregt wird. Die Durchführung des Abkommens, an der nicht zum wenigstens Frankreich das größte Interesse hat, kann dadurch lediglich in Frage gestellt werden.

Gilbert zu der Ruhrentschädigung.

Paris, 5. Febr. Der Berliner Berichterstatter des „Newyork Herald" erkundigte sich im Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert, ob er gegen die Hilfsaktion an die Ruhrindustrie etwas einzuwenden habe. Es wurde erwidert, daß es sich dabei um eine innere deutsche Angelegenheit handele. Deutschland erfülle alle seine Verpflichtungen nach dem Dawesplan, und Gilbert habe sich nicht darum zu bekümmern, was Deutschland mit Ueberschüssen aus seinen Einnahmen, die ihm zur Verfügung ständen, mache.

Dagegen erklärt man in französischen diplomatischen Kreisen in Berlin, daß die Alliierten ein Recht hätten, Auslagen zu verhüten, welche die Reparationszahlungen Deutschlands in der Zukunft beeinträchtigen könnten. Die Zahlungen an die Industrie im September, Oktober, November und Dezember hätten dem Generalagenten für die Reparationszahlungen übergeben werden sollen und hätten den Industriellen nicht direkt von der deutschen Regierung überwiesen werden dürfen. Frankreich würde in London und Washington Einspruch erheben.

Im Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen dementiert man die aus französischer Quelle stammende Nachricht, als ob Deutschland irgendwelche geheimen Fonds angesammelt hätte. Man erklärt, daß dies einen indirekten Angriff auf Gilberts Wachsamkeit bedeute und daß er solche Vorwürfe ablehnen müsse.

*

Militärkontrolle des Völkerbundes

Einrichtung ständiger Spitzelstationen im Rheinland?

Genf, 5. Febr. Die ständige beratende Militärkommission des Völkerbundes trat gestern unter dem Vorsitz des brasilianischen Admirals Sourae Silva zusammen. Sie besteht aus drei Sachverständigen der zehn im Völkerbundrat vertretenen Staaten, einen für Militär, einen für Marine und einen für Luftfragen. Die Kommission stellte während ihrer ersten Sitzung den Arbeitsplan für ihre nicht öffentliche Tagung auf. Unter den anwesenden Militärpersonen erblickt man den englischen Konteradmiral Smith, den französischen General Dumesnil, und den belgischen Generalleutnant Ceuningk.

„Journal des Geneves" schreibt über die Verhandlungen und erwähnt die geplante Einrichtung ständiger militärischer Kontrollpunkte im Rheinland wie folgt: Die Kommission wird zu entscheiden haben, an welchen Stellen in Deutschland eine ständige Kontrolle einzurichten sei, und so gelangt man zu dem wahrhaft überraschenden Ergebnis, daß nach Beendigung der Ruhrokkupation durch die Alliierten eine neue Okkupation im Rheinlande beginnen werde und zwar unter den Auspizien des Völkerbundes.

Die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen.

Paris, 6. Febr. Das Ereignis des gestrigen Tages ist die zweistündige Aussprache, die Staatssekretär Trendelenburg mittags mit dem Handelsminister Raynaldi hatte. Auf deutscher Seite ist der lebhafte Wunsch nach Lösungsmöglichkeiten geäußert worden. Indessen stellt es sich heraus, daß einige Punkte noch geklärt werden müssen. Die beiden Delegationen kamen überein, in den nächsten Tagen interne Besprechungen abzuhalten. Die auf gestern nachmittag drei Uhr festgesetzte Vollsitzung wurde abgesagt.

Die französische Abendpresse macht der deutschen Delegation wegen der angeblichen Verquickung des provisorischen Abkommens mit dem endgültigen Handelsvertrag schwere Vorhaltungen. Der „Temps" weist darauf hin, daß sich die französischen Unterhändler weder über die Frage der Meistbegünstigung noch des Zollgesetzes von 1919 hinweggesetzt hätten. Sie dürften auch der Entscheidung des Parlaments über den endgültigen Handelsvertrag nicht vorgreifen. Die Meistbegünstigung de facto könnte nicht für sämtliche deutschen Ausfuhrprodukte gewährt und es müssen zu diesem Zwecke entsprechende Auspizien aufgeworfen werden. Das Blatt spricht von einer Unbereitwilligkeit der Deutschen, die die Unterzeichnung des Modus vivendi von bestimmten Zusagen für den endgültigen Handelsvertrag abhängig machen wollen. Auf deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß Deutschland diesen Weg bei Verhandlungen mit anderen Ländern stets in den meisten Fällen mit Erfolg beschritten habe.

Neue Schwierigkeiten.

Paris, 6. Febr. Die Pariser Morgenblätter berichten in schroffer Form über eine ungünstige Phase in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Nach dem „Journal" hat die deutsche Antwortnote, die zunächst einen versöhnlichen Eindruck machte, bei näherer Prüfung stark enttäuscht. Nach Vorlage der amtlichen Uebersetzung hat Reynaldi Trendelenburg zu mündlicher Aufklärung Aufklärung zu sich gebeten. Reynaldi habe betont, es erübrige sich, die deutsche Antwort der französischen Delegation zu unterbreiten, da an deren Ablehnung kein Zweifel bestehen würde. Als der deutsche Verhandlungsleiter die Stichhaltigkeit der deutschen Vorschläge mit juristischen Argumenten begründete, lehnte Reynaldi die weitere Aussprache ab und vertagte die für den Nachmittag angesetzte Vollsitzung.

Im Laufe des Nachmittags hat Trendelenburg einen schriftlichen Kompromißvorschlag überreicht, der, wie ausdrücklich erklärt wurde, keinen offiziellen Charakter trüge. Er laufe darauf hinaus, das Provisorium um sieben bis acht Monate zu verlängern, drückt aber den Wunsch aus, die endgültigen Vertragsbestimmungen festzulegen. Dieser Vorschlag wurde auf Grund einer ernsten Prüfung ebenfalls für unannehmbar angesehen. Trotzdem werde der französische Handelsminister vorschlagen, heute nachmittag 3 Uhr in einer Vollsitzung gemeinsam darüber zu beraten.

* *

Englischer Kabinettsrat.

London, 5. Febr. Der gestrigen Unterredung des englischen Botschafters mit dem französischen Ministerpräsidenten wird hier größte Bedeutung beigemessen. In hiesigen politischen Kreisen bezeichnet man das Gespräch als einen Versuch von englischer Seite, festzustellen, inwiefern eine gemeinsame englisch-französische Basis für die gleichzeitige Lösung der Sicherungsfrage, für die Wahl des Zeitpunktes der Rheinland-Räumung und für einen gemeinsamen Schritt in der Patriarchats-Krise vorhanden sei. Der Bericht Crewes über seine Unterredung bildet den wichtigsten Gegenstand des heutigen englischen Kabinettsrats.

Neusiwatz.

Dieser Name muß mit eisernen Griffeln in das Gedächtnis aller Deutschen geschrieben werden, in ihm fließt alle die Brutalität und Rechtswidrigkeit zusammen, mit deren Hilfe das Auslandsdeutschtum an seiner Verbindung mit dem Mutterland und seinem Wiederaufstieg verhindert werden soll. Einer ätzenden Lava gleich ergießt sich seit Wochen wieder der Haß gegen das Deutschtum und wenn Herriot und Chamberlain sich in der Erniedrigung des Deutschen Reiches gefallen, so glauben Leute, wie Pasitsch, Bratianu, Tugutt und Benesch, Grund zu haben, das in ihren Ländern lebende Deutschtum unter Verleugnung allen Kulturgewissens den kleinen und kleinlichen politischen Zielen ihrer Regierungen unterordnen zu müssen. Sie stoßen sich dabei nicht an der Gefahr, die eine von Grund auf verfehlte Minderheitenpolitik der rumänischen Regierung in Bessarabien verursacht hat, und die von der russischen Regierung neuerdings wieder als Grund, Bessarabien mit der Waffe zurückzuholen, ausgelegt wird. Vielleicht auch, daß sie die Kriegsgefahren, die in den Minderheitenfragen stecken, und schon lange vor der bessarabischen Angelegenheit in Macedonien, als einem typischen Beispiel für Minderheitenkonflikte mit überaus ernsten Folgen geglüht haben, garnicht sehen. Umsomehr haben die Völker dieser Staaten Anlaß, in der eigenen Regierung einmal aufzuräumen. Denn die loyale Haltung allein scheint die Minderheitenpolitiker, selbst wenn sie ihre Lehren aus Genf beziehen, nicht zu der Ueberzeugung zu bringen, daß Minderheitenfragen in erster Linie nicht der demagogischen Politik kleiner Staaten untergeordnet werden dürfen, sondern daß sie Fragen des Kulturgewissens darstellen.

In Neusiwatz ist Ende Januar von seiten serbischer Radikaler ein verbrecherischer Ueberfall auf einen der angesehendsten Führer der Deutschen in Jugoslavien Dr. Kraft verübt worden. Zu gleicher Zeit haben slovenische Behörden in Cilli ein vor Jahren mit deutschen Mitteln gegründetes Vereinshaus einer speziell zu diesem Zweck ins Leben gerufenen slovenischen Vereinigung übergeben und die Deutschen mit knapp 1000 Mark bezahlt, obgleich die lokalen Blätter das Gebäude einen Palast nennen. Die Gesetze werden in beiden Fällen zur Verdunkelung der Motive ausgelegt, und trotzdem den Behörden die an der schweren Mißhandlung Dr. Krafts Schuldigen bekannt sind, ist bis heute gegen sie nichts unternommen worden. Die Gleichzeitigkeit der Ueberfälle auf drei weitere deutsche Abgeordnete der Belgrader Skupschtina zeigt, daß es sich hier nicht etwa um den Ausbruch niederer Instinkte handelt. Vielmehr ist die Regierung Pasitsch daran interessiert, zur Sicherung ihres mit terroristischen Mitteln erstrebten Wahlsieges systematisch gegen die Minderheiten und gegen die Parteien zu kämpfen, die sich mit dem Regierungsprogramm aus guten Gründen nicht einverstanden erklären können. Im Zusammenhang damit wird der Deutschen Partei Jugoslaviens der Vorwurf gemacht, sie habe mit dem Bolschewistenfreund Raditsch paktiert und strebe somit wie jener die Untergrabung des jugoslavischen Staates an. Kundgebungen der Loyalität, wie sie die Deutschen erst vor kurzem gelegentlich des Geburtstages des Königs Alexander veranstaltet hatten, werden dabei als Zweideutigkeit hingestellt. Neusiwatz, wo Dr. Kraft mit Stöcken schwere Kopfwunden zugefügt wurden, von denen er noch nicht genesen ist, ist somit eine der sichtbarsten Etappen auf dem Wege deutschfeindlicher Elemente zur völligen Unterdrückung alles dessen, was sich deutsch nennt.

Wenn der deutsche Gesandte in Belgrad gegen die Mißhandlung deutscher Volksgenossen Protest eingelegt hat und wenn die neue Reichsregierung von Seiten der deutschnationalen Volkspartei gefragt wird, was sie zum Schutze des Auslandsdeutschtums weiter zu unternehmen gedenke, so macht das Deutsche Reich sich nicht nur die ihm zustehenden Rechte zunutze. Die Erinnerung an die Aufgaben des Kulturmenschen ist einer der entscheidenden Beweggründe, weshalb wir über Grenzpfähle hinweg den Schutz deutscher Minderheiten verlangen. Uns steht nicht zu, darüber zu richten, welche Sanktionen den minderheitenfeindlichen Regierungen gebühren. Macedonien zeigt, daß Minderheiten selbst zu Gericht sitzen, wenn ihnen der Kelch zu bitter wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0001

Der Korruptionsapparat der Barmats.

Die „Berliner Börsenzeitung", der wir die Verantwortung für ihre Behauptungen überlassen müssen, bringt in einem mehrere Spalten umfassenden Aufsatz neue Enthüllungen zum Korruptionsskandal der Gebrüder Barmat. Darnach soll das Zentrum der eigentlichen korruptiven Machenschaften in Amsterdam bei den dortigen Firmen des Barmatkonzerns liegen. Eine ganze Reihe von Persönlichkeiten in Berlin sollen darnach durch die Herren Barmat materielle Vorteile gehabt haben. So soll nach dieser Darstellung der ehemalige Reichspostminister Höfle durch Mendelsohn & Co., Amsterdam, auf telegraphischem Wege durch die Böhmische Unionbank nach Karlsbad 500 Dollar überwiesen bekommen haben, ferner der durch diesen Skandal bereits arg bloßgestellte Dr. Heilwig durch Hamburger & Co., Amsterdam, im September-Oktober 1924 20 000 Francs. Auch Herr Scheidemann soll Liebesgabenpakete, die 1923 an die Adresse von Frau Hellwig gesandt wurden, empfangen haben. Herrn Gradnauer, dem sächsischen Gesandten in Berlin, wird vorgeworfen, 1919 ein Darlehen von 1000 holl. Gulden empfangen zu haben, das später auf Unkostenkonto abgebucht wurde. Auch er soll Liebesgabenpakete von Herrn Barmat empfangen haben, für die sich Frau Dr. Gradnauer immer bedankt habe. Regierungspräsident Dr. Grützner soll in Düsseldorf nach der Darstellung des genannten Berliner Blattes bei Barmat im Jahre 1919 ein Darlehen von 4000 Francs gegen Hinterlegung irgendwelcher Lose aufgenommen haben; diese Lose sollen jedoch einige Monate später an Dr. Grützner zurückerstattet worden sein, aber ohne Rückzahlung der Schuld. Auch dem Reichskanzler a. D. Bauer und dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wissell sowie dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Wels, wird vorgeworfen, Liebesgabenpakete nicht verschmäht zu haben. Auch der Berliner Polizeipräsident Richter wird durch die Veröffentlichung bloßgestellt, ebenso der Geheimrat Habena von der Seehandlung, der zwei schöne Porzellangarnituren erst vor einem halben Jahre empfangen haben soll.

Der ehemalige Reichspostminister Höfle soll bei der „Deutschen Merkurbank", einem Barmatunternehmen, zwei Konten gehabt haben, und zwar ein „ordentliches Konto" und ein „Konto sep. (Zentrumspartei)". Auf jedes dieser Konten wurden je 60 000 Mk. von der „Amerima" eingezahlt. Während Herr Dr. Höfle die 60 000 Mark vom „Conto ord." nach einer Bank in Baden überweisen ließ, gab er Auftrag, die 60 000 Mark vom „Konto sep." auf das Konto „Lange-Hegermann" zu übertragen. Ueber diesen Uebertrag bekam Herr Lange-Hegermann selbstverständlich ordnungsmäßige Aufgabe. Da nun in Verbindung mit den Ereignissen im Barmatkonzern dieser Kreditposten Herrn Lange-Hegermann beunruhigte, hat dieser in der naivsten Form der Merkurbank mitgeteilt, daß ihm nicht bekannt sei, woher ein solcher Betrag auf sein Konto kommen könnte, und um schleunigste Stornierung gebeten, was die Merkurbank auch getan hat. — Ueber den Grund dieser Vergütung wird Herr Dr. Höfle gemeinsam mit Herrn Lange-Hegermann am besten Auskunft geben können. — Auffällig ist, warum bei der Merkurbank, solange er einen Debetsaldo hatte, keine Zinsen aufgerechnet worden sind. Als dies einmal irrtümlicherweise geschah, hat Herr Henry Barmat, der sämtliche für Herrn Dr. Höfle bestimmte Post vor der Expedition sich stets zeigen ließ, in schärfster Form angeordnet, daß die Zinsenbelastung von ca. 6000 Mark sofort korrigiert und dagegen das Generalunkostenkonto der „Amerima" G. m. b. H. und zwar Rubrik „Zentrumspartei" belastet wird.

Die „Berliner Börsenzeitung" stellt schließlich fest: „Hiernach zeigt sich die Barmat-Affäre in einem zum Teil ganz neuen Licht. Einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten, die schon jetzt schwer belastet erscheinen, werden bestimmte Daten und Zahlen entgegengehalten. Noch wichtiger aber dürfte sein, daß nach dem uns bekanntgewordenen Material damit gerechnet werden muß, daß

die Verluste, welche die Preußische Staatsbank erleiden wird, voraussichtlich alle bisherigen Schätzungen übertreffen werden. Der Sumpf der politischen Korruption reicht nach allem viel weiter und die finanzielle Schädigung von Staat und Reich ist viel größer, als die Oeffentlichkeit bisher angenommen hat.

Die Behörden und die Parlamentsausschüsse sind ja nun an der Aufräumungsarbeit. Man kann nur wünschen, daß sie so rücksichtslos wie nur irgend denkbar, in jeder Richtung und gegen jede Person, vorgehen, damit das deutsche Volk wieder das Gefühl erhält, in reiner Luft zu leben."

Barmat kündigt Enthüllungen über Höfle an.

Auf Grund einer Korrespondenzmeldung scheint Julius Barmat, nachdem die Haftentlassungsanträge bisher abgelehnt worden sind, zu energischen Mitteln greifen zu wollen. In eingeweihten Kreisen verlautet mit größter Bestimmtheit, daß Julius Barmat der Staatsanwaltschaft gegenüber mitgeteilt habe, er besitze außerordentlich schwerwiegendes Material gegen Reichspostminister Höfle und den Abgeordneten Lange-Hegermann, sowohl nach der Richtung hin, was die Aeußerungen des ehemaligen Ministers betreffe, als auch nach der mehr privat-geschäftlichen Seite des genannten Abgeordneten hin. Es verlautet jedoch, daß Barmat nur im Notfalle sich zu Enthüllungen nach dieser Richtung hin entschließen will.

Ein peinlicher Brief an Bauer.

Im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages über die Barmat-Angelegenheit ist, wie berichtet, an den Reichskanzler a. D. Bauer von dem deutschnationalen Abgeordneten Deerberg die Frage gestellt worden, ob Bauer von seiner Verbindung mit Barmat keinerlei finanzielle Vorteile gehabt habe. Deerberg wünschte aber die einfache Frage beantwortet, ob Reichskanzler a. D. Bauer jemals von der Firma Barmat irgendwelche Vorteile pekuniärer Art erhalten habe. Darauf antwortete der frühere Reichskanzler a. D. Bauer mit einem glatten Nein!

Nun veröffentlicht der „Berliner Lokalanzeiger" die Abschrift eines Briefes, der von dem barmatschen Amerima-Konzern an den Reichskanzler a. D. Bauer gesandt worden ist und der wie folgt lautet:

27. 9. 23. Reichskanzler a. D. Gustav Bauer,

Berlin, Kronprinzenufer 3.

Ihr an Herrn Direktor Barmat gerichtetes Schreiben vom 26. d. M. ist uns zur Erledigung übergeben worden. Wir fügen anbei einen Auszug Ihrer Rechnung, aus dem Sie zu ersehen belieben, daß Sie noch 1207,66 Dollars und 1 915 700 000 Mark zu bekommen haben. Dagegen haben Sie 910 fl. zu viel bekommen, so daß Sie im ganzen 850,31 Dollars und 1 915 700 000 Mark zu bekommen haben.

Die Vermutungen, die Sie in Ihrem Briefe vom 12. 9. aussprechen, sind absolut unbegründet, ebenso unzutreffend sind die Angaben Ihres heutigen Briefes. Wie Sie aus dem Auszug ersehen können, sind die ¼ Prozent Umsatzprovision seit dem 1. 4. durch hfl. 300.— monatlich ersetzt worden, so daß sie nicht mehr in Betracht kommen. Zinsen für die Beschaffung des 6-Milliarden-Kredites haben Sie nicht zu beanspruchen, da Ihnen dafür etwa 2000 Dollars bezahlt wurden. Natürlich war es unzulässig, wie Sie es ja selbst wissen, für Sie Devisen zu kaufen, nachdem Sie Ihre Devisen im Juni haben verkaufen lassen. Wir wollen ganz davon schweigen, welche kolossalen Verluste Sie Herrn Barmat durch Ihre authentischen Informationen aus höchsten Kreisen zugefügt haben. Wir wollen auch unerwähnt lassen die hfl. 1000.—, die Sie von Herrn Barmat außer der Reihe bekommen haben und die vielen Hunderte von Gulden, die Herr Barmat Ihnen seinerzeit in Holland ohne jeden Grund gegeben hat. Auch die vielen hunderttausend Mark, die Ihnen Herr Barmat seinerzeit gegeben hat, wo die Mark noch sehr viel wert war, und die 600 Dema-Aktien, die Ihnen franko überlassen wurden, wollen wir jetzt nicht in Rechnung stellen.

Wir erinnern Sie an all dies nur, damit Sie sehen, was Sie von Herrn Barmat bekommen haben und was Herr Barmat Ihnen zu verdanken hat."

Die Unterschrift dieses Briefes ist, wie der „Lokalanzeiger" weiter mitteilt, in der schlecht hergestellten Kopie unlesbar.

Bauers Kaltstellung als Abgeordneter.

Berlin, 6. Febr. Der Vorsitzende des von der sozialdemokratischen Partei eingesetzten Prüfungsausschusses teilte dem „Vorwärts" mit, daß nach Bekanntgabe des Briefes der „Amerima" an den ehemaligen Reichskanzler Bauer vom 27. Dezember 1923 Mitglieder des Untersuchungsausschusses den Abgeordneten Bauer ersucht haben, bis zur Prüfung der Angelegenheit sein Reichstagsmandat nicht auszuüben. Bauer stimmte dem zu.

Polen erhebt Protest beim Völkerbund.

Berlin, 5. Febr. In einem amtlichen Kommentar der „Polnischen Telegraphen-Agentur" zu der Entscheidung des Oberkommissars in der Brieftaftenfrage heißt es: Der Kommissar läßt hier den Vertrag von Versailles außer acht, die verpflichtenden Abkommen zwischen beiden Parteien und die Protokolle zum Warschauer Abkommen, die mit abweichenden Erklärungen der beiden Parteien versehen sind. Die Entscheidung des Kommissars hat keinerlei exekutive Kraft. Polen legt beim Völkerbund Protest ein, der die endgültige Entscheidung fällen wird.

Ein Anschlag auf Danzig?

Berlin, 5. Febr. „Die Zeit" berichtet aus Danzig: In hiesigen Kreisen erhält sich die Auffassung, daß irgendein Handstreich gegen Danzig vorbereitet wird. Nachdem schon vor einiger Zeit über polnische Truppenbewegungen allerhand Gerüchte entstanden sind, spricht man jetzt, daß ein Aufstand der kassubischen Zivilbevölkerung von der Grenze des Freistaates aus vorbereitet wird. Waffen und Munition sind verteilt. Auch die Ausbildung im Schießen hat bereits stattgefunden. Ein erhöhter Reiseverkehr ist ganz deutlich festgestellt worden. Die Vorgänge rufen in der hiesigen Bevölkerung große Unruhe hervor.

*

Finanzausgleich und Wirtschaft.

Berlin, 5. Febr. Die Behandlung der Frage des Finanzausgleichs in der am Dienstag zusammentretenden Kommission wird sich insofern schwierig gestalten, als die in der Entschließung niedergelegten Forderungen der Länder erheblich über die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Lösung hinausgehen.

In Wirtschaftskreisen trägt man die ernsten Bedenken, schon jetzt an eine grundlegende Neuregelung des Finanzausgleichs heranzugehen. Man weist vor allem darauf hin, daß heute bereits einige Steuern, auf Grund schematischer Umlage erhoben werden, die zur Belebung des öffentlichen Etats dienen, vielfach aber ungerecht und ungleich wirken. Es fehlt daher zur Lösung des Verteilungsprogramms die erste Voraussetzung, da man noch nicht sagen kann, welches steuerbare Einkommen im letzten Jahre überhaupt erzielt worden ist. In maßgebenden Wirtschaftskreisen trägt man ferner ernsteste Bedenken gegen die Absicht des Reichsfinanzministers, den Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommen und Körperschaftssteuer zu geben.

Die endgültige Lösung der Aufwertungsfrage.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages erklärte Ministerialdirektor v. Brandt (Reichsfinanzministerium), daß die Regierung spätestens in drei Wochen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die endgültige Lösung der Aufwertungsfrage bringen solle. Gleichzeitig würden auch die Mitglieder des Aufwertungsausschusses den Gesetzentwurf zur Kenntnis erhalten, damit ihnen so schnell wie möglich Gelegenheit gegeben werde, die näheren Einzelheiten des Gesetzentwurfs zu prüfen. Auch werde die Regierung nach Kräften dahin wirken, daß der Reichsrat in die Lage kommt, den Gesetzentwurf in kurzer Zeit zu verabschieden.

Demgegenüber verlangten die Vertreter der Sozialdemokratie, daß sofort in die Debatte über den Deutschnationalen Antrag eingetreten werden solle, worin bekanntlich verlangt wird, daß die auf Grund des Artikels 42 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zur Aufwertungsfrage vom 4. Dezember 1924 aufgehoben werden solle.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, abgelehnt.

*

Vor der Beilegung des griechisch-türkischen Konflikts.

London, 6. Febr. Der Vertreter des „Daily Telegraph" in Athen meldet, daß auf Grund des Eingreifens Englands und Frankreichs und des Zuredens Italiens der türkisch-griechische Zwischenfall auf folgender Grundlage beigelegt wird: Das Patriarchat wird als Bekanz erklärt und demnächst mit einer neuen Persönlichkeit besetzt. Die Türkei verpflichtet sich, gegen diese Persönlichkeiten nichts zu unternehmen und auch keine weiteren Prälaten auszuweisen.

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag 2. 2.	Dienstag 3. 2.	Mittwoch 4. 2.	Donnerst. 5. 2.	Freitag 6. 2.	Sonnabd. 7. 2.	Sonntag 8. 2.
Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 3
Wer weint um Zuckenack?	Orpheus in der Unterwelt	Zar und Zimmermann	Schwanenweiß	Zar und Zimmermann	Tanz-Gs spiel Hannelore Ziegler	s. Fußnote

Anf. 11½ Musikalische Morgenfeier — Anf. 3 Peterchens Mondfahrt
Anf. 7½ Hans Heiling.

Aus Stadt und Umgebung

Die Tagesordnung zur Stadtverordnetensitzung

am Montag, den 9. Februar 1925, abends 6 Uhr im alten Rathaus in der Burgstraße steht nachstehende Tagesordnung zur Verhandlung vor: 1. Wahl von 2 Mitgliedern in den Verwaltungsrat der v. Schildt-Wolffersdorff'schen Stiftung. 2. Entschließung zur Ablehnung einer Wahl, gegebenenfalls Neuwahl eines Besitzers für das Mieteinigungsamt. 3. Wahl des Schiedsmanns für den 2. Bezirk. 4. Wahl des Bezirksvorstehers für den 8. Armenbezirk. 5. Wahl von 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern zur Gebäudesteuer-Veranlagungskommission. 6. 4. Nachtrag zur Satzung des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts der Stadt Merseburg. 7. Erhöhung der Beteiligung der Stadt bei der Betriebsverwaltungsgesellschaft m. b. H. zur Förderung des Kraftverkehrs. 8. Erhöhung der Beteiligung der Stadt bei der Mitteldeutschen Heimstätte-Wohnungsfürsorge Gesellschaft m. b. H. 9. Bewilligung von Mitteln zu Instandsetzungsarbeiten am Gymnasium Werder. 10. Genehmigung von Ueberschreitungen im Haushalt der Volksschulen. 11. Beschaffung eines Fußbodenbelags für die Turnhalle in der Pestalozzischule. 12. Austausch von Gelände mit dem Landkreis zur Verbreiterung der Schulstraße und des Gartens des Kaffees zum Ritter (Schmied). 13. Anderweite Festsetzung der Fluchtlinien für die kleine Ritterstraße. 14. Fluchtlinienplan für das Gebiet zwischen kleine Ritterstraße — große Ritterstraße — Altenburger Damm und Schulstraße. 15. Abgrenzung des Schulplatzes der Mittelschule gegen die Schulstraße. 16. Umbau der Fußgängerbrücke über den hinteren Gotthardteich (am „Neuen Schützenhaus"). 17. Beschaffung von Handkarren für die Straßenreinigung. 18. Ortssatzung über die baulichen Erweiterung und den Ausbau an neuen Straßen. 19. Ortssatzung gegen die Verunstaltung des Stadtbildes. Anschließend geheime Sitzung.

*

Jahres-Hauptversammlung des Stahlhelm. Am gestrigen Abend hielt die hiesige Ortsgruppe des Stahlhelm ihre diesjährige Hauptversammlung in Müllers Hotel ab. Nachdem die junge Kapelle der hiesigen Ortsgruppe durch ein paar schneidige Märsche eingeleitet hatte, gab der Führer der Ortsgruppe, Kamerad Haertel, in treffenden Worten den Jahresbericht, der zeigte, daß die Ortsgruppe Merseburg in vergangenen Jahre weiter gewachsen ist und sich günstig entwickelt hat. Nachdem Kamerad Hilgendorf einen kurzen Kassenbericht gegeben hatte, in dem er der aufopfernden und durch die Säumigkeit vieler Kameraden mühsame Tätigkeit des ersten Kassierers, Kamerad Seiffge, mit warmen Worten des Dankes gedachte, wurde dem Vorstand von seiten der Versammlung Entlastung erteilt. Die Neuwahl ging schnell vonstatten, da mehrere Kameraden vorschlugen, Kamerad Haertel, der bewiesen hätte, daß er die vornehmsten und größten Führereigenschaften besäße, wiederzuwählen. Einmütig stimmte dem die Versammlung bei. Kamerad Haertel nahm an unter der Bedingung, daß dieser Wahl sich auf den Gesamtvorstand beziehe. Da die Versammlung diese Frage bejahte, übernahm der alte Vorstand wieder die Geschäfte. Es folgte die Aufnahme und feierliche Verpflichtung einer großen Anzahl neuer und aus anderen Ortsgruppen überwiesener Kameraden. Als Schluß des Aufnahmeaktes hallte das Stahlhelmlied wuchtig und trotzig durch den Saal, von den neuen Kameraden begeistert mitgesungen. Anschließend berichtete Kamerad Baltz ausführlich über die Frontsoldatentagung in Magdeburg. Damit schloß der offizielle Teil. Anschließend saßen die Kameraden noch lange in froher Geselligkeit bei flotter Marschmusik.

Straßenreinigung. Der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird ein Beschluß des Magistrats vorliegen, nach dem zur Verbesserung der Straßenreinigung einige Handkarren beschafft werden sollen. Wir glauben nicht, daß einer unserer Stadtväter die Dringlichkeit von Maßnahmen auf diesem Gebiete bestreiten wird. Die Straßen unserer Stadt machen oft einen jämmerlichen Eindruck. Papier, Apfelsinenschalen, Kehricht, zieren täglich fast alle Straßen und es wird niemand behaupten wollen, daß dies dazu dient, das Bild der Stadt im vorteilhaften Sinne zu „beleben". Wir geben gern der Hoffnung Ausdruck, daß sich das Vorhandensein der Handkarren bald zur Erleichterung des gesamten Straßenverkehrs und zur Vermeidung von Verkehrsunfällen sich bemerkbar machen wird.

Bilder der Woche. Was Menschen leisten können, ist manchmal unglaublich; eine Auslese derartiger Höhenleistungen zeigen wir in unserer nächsten Ausgabe der Bilder der Woche. Eine andere Bilderreihe beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Menschen und Tier und wiederum eine andere mit bekannten Bauten, die in diesem Augenblick im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehen. Ein reich illustrierter Artikel beschäftigt sich mit eigenartigen Brücken aus aller Zeit und in aller Welt, während das aktuelle Interesse wiederum durch zwei Seiten mit Abbildungen der neuesten Ereignisse und Geschehnisse gewahrt ist. Mode und Rätsel geben dem Inhalt der Beilage einen interessanten Abschluß.

Wintersportsonderzug. Der für Sonntag bestimmt angesetzte Sonderzug nach Schierke ist abermals wie wir an amtlicher Stelle erfahren konnten, wegen ungeeigneten Wetters auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Neues Reichspatent. Dem Geschäftsführer des Kreislandbundes Merseburg Mar Teichmann ist am 29. Januar d. Js. unter Nr. 410 387 und der Bezeichnung „Verschlußmittel für Briefumschläge, ähnliche Hüllen oder Drucksachen" ein Reichspatent erteilt worden. Das Patent bildet eine Verschlußmarke, die es ermöglicht, Briefumschläge oder entsprechend gefalzte Drucksachen ohne Verwendung eines Umschlages so schnell wie mit einer gewöhnlichen Verschlußmarke zu verschließen und ebensalls der Post eine Kontrolle auf den Inhalt der Sendung gestattet.

Wetterbericht für Mitteldeutschland. Etwas kühler, unbeständig mit leichten kurzen Niederschlägen, ziemlich lebhafte westliche bis nordwestliche Winde.

Betriebsunfall. Gestern mittag ist in den Leunawerken beim Wagenkoppeln dem Rangierer Hanuschik ein Stück Koks auf den Kopf gefallen. Er mußte sich infolge einer erheblichen Verletzung in ärztliche Behandlung begeben.

Magdeburgische Trainabteilung 4. Der Verein ehem. Kameraden des Trains und der Verein der Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere und oberen Beamten der ehem. Magdeburgischen Train-Abteilung Nr. 4 zu Magdeburg rufen hiermit zu einem Wiedersehens-Appell am 9. und 10. Mai 1925 in Magdeburg auf. Anmeldungen sind tunlichst frühzeitig an den Vorsitzenden des ersteganannten Vereins, Kamerad Süßmilch, Brüderstraße 16, zu richten.

Militärverein ehem. 66er in Magdeburg. Der Offizier-Verein und der Militär-Verein ehem. Kameraden des 3. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 66 haben sich die Aufgabe gestellt, ihren im Weltkrieg gefallenen Kameraden ein Denkmal zu errichten. Zum gleichen Zeitpunkt soll ein Regimentstag stattfinden, der am 16. Mai 1925 durch einen Festkommers eingeleitet wird. Am 17. Mai 1925 findet die Weihe des Denkmals statt. Die Vereine richten daher an alle Kameraden, die die Nummer des stolzen Regiments getragen haben, und denen es an der Wiederaufrichtung der alten Kameradschaft und Treue liegt, den Ruf,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0002

an diesen beiden Tagen zu erscheinen. Alle Anfragen sowie Einsendungen des Festbeitrages (2,10 Mark) und Spenden für den Denkmalfond sind zu richten an den Büro-Inspektor Carl Vorheier, Magdeburg, Goethestraße 35. Bei Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Deutsche Ehrenlegion. Sämtliche Angriffe auf die tatsächliche Bedeutung der „Deutschen Ehrendenkmünze des Weltkrieges", sämtliche Angriffe auf den „Ordensrat der Deutschen Ehrenlegion" und die „Deutsche Ehrenlegion" als solche sind im Laufe des Hauptverfahrens wider den Hauptmann a. D. Rudolf Herina-Deutschwehr am 26. September 1924 beim Schöffengericht Memmingen zusammengebrochen. Die „Deutsche Ehrenlegion", deren Ehrenmarschall General der Infanterie Ludendorff ist, führt nach wie vor die Verleihung der Deutschen Ehrendenkmünze des Weltkrieges durch. 230 000 Inhaber der D. E. d. W. bekennen sich mit Stolz zu dieser Auszeichnung.

Die Generalversammlung der Merseburger Vereinsbank ist nicht, wie in unserem gestrigen Tageskalender irrtümlich angegeben war, für kommenden Sonntag, sondern für Sonntag, den 15. d. Mts. angesetzt.

Das Gericht wartet nicht mehr. Eine beschleunigte Einziehung der Gerichtskosten ist jetzt vom Justizminister angeordnet worden. Sie sollen gleich nach der Fälligkeit berechnet werden. Die Frist zur Zahlung beträgt in der Regel eine Woche, kann aber bis auf drei Tage verkürzt werden. Bei Verzug soll in der Regel alsbald mit Beschleunigung vollstreckt werden. Ein Anspruch auf Mahnung besteht nicht. Der Rendant kann aber mit besonderer Frist von drei Tagen mahnen, wenn die Kosten so voraussichtlich schneller als durch das Zwangsverfahren eingehen. Vorschußsachen sollen grundsätzlich noch am Tage des Eingangs ausgefertigt und abgesandt werden.

Einen sozialen Jugenddienst tut die Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende männliche Jugend in den verschiedensten Zweigen ihres Werkes. Sie warnt die Jugend vor dem leichtsinnigen Zuzug in die Großstadt, gibt es doch in Berlin heute 6000 Obdachlose, die der Wohlfahrtspflege zur Last fallen. Durch den Bahnhofsdienst empfängt sie die ankommenden jungen Männer und erteilt ihnen kostenlos Rat und Auskunft in allen Fragen des täglichen Lebens. Auch für Nachtunterkunft trägt sie Sorge um die Jugend vor den Gefahren des nächtlichen Straßenlebens zu schützen. Ein „Ratgeber für junge Männer" gibt kurze und wertvolle Winke! Darunter eine Warnung vor den Werbern der Fremdenlegion und dem Treiben der Homosexuellen, das durch den Fall Haarmann in das hellste Licht gerückt ist. Die Gesellschaft hat in über 80 Großstädten Zweigvereine und Vertrauensmänner. Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin, Sophienstraße 19. Von dort wird kostenlos Auskunft erteilt und auch der Ratgeber versandt. Die Gesellschaft stellt sich nicht nur den Jugendlichen selbst, sondern auch sorgenden Eltern, Vormündern, Geistlichen, Lehrern, Jugend- und Wohlfahrtsämtern zur Verfügung.

Beförderung von Blinden auf der Eisenbahn. Die infolge von Kriegsbeschädigung erblindeten Personen genießen bei Eisenbahnfahrten die Vergünstigung, daß ein für sie erforderlicher Begleiter oder ein Führerhund frei mitbefördert wird, wenn die entsprechenden Ausweise vorgelegt werden. Es wird nun oft der irrigen Ansicht begegnet, daß diese Vergünstigung auch für Blinde gelte, deren Erblindung nicht auf eine Teilnahme am Kriege zurückzuführen ist. Es muß daher darauf hingewiesen werden, daß solche sogenannte „Friedensblinde" weder für sich noch für ihre Begleitung eine Fahrpreisermäßigung genießen.

Dienstmützen und -ausweise für Telegraphenarbeiter. Für die im Außendienst mit Bauarbeiten zur Herstellung und zur Unterhaltung der Telegraphen-, Fernsprech- und Funkanlagen beschäftigten Arbeiter der Deutschen Reichspost sind neue Dienstmützen aus graumeliertem Stoff und mit einem Schirm aus lackierter Vulkanfiber eingeführt worden. Als besonderes leicht erkennbares Zeichen für die Zugehörigkeit eines Arbeiters zur Deutschen Reichspost sind die auf der Mützenklappe mit orangefarbener Seide eingestickten Buchstaben T V anzusehen. Die Telegraphenarbeiter sind fernerhin nach wie vor mit amtlich gestempelten und unterschriebenen Ausweiskarten mit Lichtbild versehen, die sie beim Betreten eines Grundstücks oder einer Wohnung unaufgefordert vorzuzeigen haben.

•

Maskenball der Privattheater-Gesellschaft.

War das ein Jubel und Trubel, ein Leben und Treiben gestern abend in den Räumen des „Tivoli". Wohl selten hat man dort derartig glänzende Feste gefeiert. Die Räumlichkeiten waren alle aufs schönste ausstaffiert und was die Privattheatergesellschaft mit der Ausschmückung des großen Saales darstellte, erscheint einfach unübertrefflich. Schon am Eingang grüßten hohe Tannen und das Portal des Schloßtores, drinnen wogte es von bunten Fahnen und Wimpeln, Guirlanden und Schleifen. Der Saal war vollständig umgewandelt: in jeder Ecke grüßte eine der vier Jahreszeiten in malerischer Pracht von den Wänden: dort der Frühling in seinem Blütenduft, hier des Sommers Sonnenglanz, dort der bunte Herbst, hier der mit Eis und Schnee bedeckte Winter. Dazu die fabelhafte elektrische Beleuchtung und eine stimmungsvolle Deckendekoration — kurzum ein unvergeßlicher Anblick, den zu schaffen der Gesellschaft unendliche Mühe gemacht haben muß. Aber die Arbeit wurde gelohnt durch einen glänzenden Verlauf des Festes. Ein Maskenball von der Privattheatergesellschaft war seit 1911 nicht veranstaltet worden — kein Wunder, daß diesmal Jung und Alt in hellen Scharen herbeigeströmt war, um mitzuerleben und mitzufeiern. Unter den verschiedenartigsten, z. T. sehr geschickten Masken war sogar der „Radio"fritze und „Flettnerrotor"zylinder vertreten. Das Bild bot eine vielseitige Farbenpracht, die freilich von dem Anblick dann auf der Bühne noch überboten zu werden schien. Prinz Karneval hielt seinen Einzug, vor ihm Fürst Hermann zu Sachsen-Merseburg. Vor beider Augen spielten sich die einzelnen Jahreszeiten mit ihren Spielen ab: Der Frühling mit der Schar der Tennisspieler, der Sommer mit dem reizenden Blumenreigen, der Herbst mit Bachus und Winzerchor sowie der Winter mit Christbaum und Engelschar. Und das Schlußbild dann, das alle vereinte, ein überwältigender Anblick! Das Treiben nahm dann in fröhlichster Stimmung seinen Fortgang und jeder nahm das Gefühl mit nach Haus, etwas noch nicht Gebotenes miterlebt zu haben. Der Gesellschaft alle Anerkennung für diese Leistung des gestrigen Abends.

•

Die Jagd im Februar.

Der bisher so außerordentlich mild und schneelos verlaufene Winter hat auch im Revier außergewöhnliche Verhältnisse gezeitigt. Das Wild hatte bis jetzt gute Zeiten, da ihm Aesung, wenn auch nicht im Ueberfluß, so doch immer verhältnismäßig reichlich zur Verfügung stand, so daß die Fütterungen nicht, wie sonst, zur zwingenden Notwendigkeit wurden. Freilich kann man sie, je nach Beschaffenheit der Reviere, nicht ganz entbehren, und die Wintersnot kann noch nachkommen. Auf die Lebensweise des Wildes übte die milde Witterung auch seine Wirkung aus, so daß manche Verschiebungen gegen sonst zu bemerken sind.

Die stärksten Hirsche fangen an abzuwerfen. Es ist lohnend, auf den Wildwechseln in Stangenorten, älteren Holzbeständen und Suhlen nach den Abwürfen guter Hirsche zu suchen. In der Hauptsache besteht die Aesung des Wildes in Knospen, dünnen Zweigen und Rinde der gefällten Bäume in den Holzschlägen, aus Brombeer- und anderem Gesträuch weicher Holzarten. Es ist jetzt sehr naschhaft und tritt, da die Felder ohne Schneelage, gern in die Saaten aus. Der Abschuß ruht und ist in dringenden Fällen auf Spießer und Geltiere zu beschränken. Vom Damwild gilt das gleiche. Schälschäden, die bei nicht genügender Fütterung vom Damnwild gern verursacht werden, dürften heuer bei dem offenen Wetter seltener vorkommen. Die Saaen sind immer noch gut bei Wildbret, da ihnen genügende Erdmast zur Gebote steht, die Schüttungen in den meisten Fällen erübrigt. Gute Rehböcke haben schon stark geschoben. Beim Auerhahnflügel ist bei fortgesetzt mildem Wetter heuer auf eine frühzeitige Balz zu rechnen. Gegen Ende des Monats schon sucht dann der Hahn die Balzstände auf. Birkwild durchstreift in seiner Zigeunermanier die Gegend in Ketten bis zu 20 Stück. Junge Hähne üben an sonnigen Morgen die Balzlaute ein.

Der Hase hat Schonzeit. Die Rammelzeit begann heuer schon Anfang Januar. Man wird in diesem Monat bereits Satzhasen finden. Fütterung bedarf er kaum noch, wenn nicht noch starker Frost und Schneefall eintreten wird. Den Rebhühnern war bis jetzt der Tisch immer reich gedeckt, so daß sich eine Fütterung erübrigte. Bei fortgesetzt günstiger Witterung wird bald Paarung eintreten und die Kämpfe der Hähne um den Besitz der Hennen beginnen. Der Fuchs begann schon Anfang Januar zu ranzen, die Hauptranzzeit ist jedoch jetzt da. Durch Sprengen aus dem Bau mit Dachshunden, durch Ausräuchern, Klapperjagden, Reizen und Legen von Tellereisen wird ihm Abbruch getan. Alle Unternehmungen am Bau müssen in den frühen Morgenstunden vorgenommen werden, da der Fuchs mit der Fähe von den späteren Vormittagsstunden ab gern umherstreift. Der Dachs hat in diesem Winter wohl gar keinen rechten Winterschlaf gehalten und war häufig im Freien anzutreffen. Die Dächsin wirft in diesem Monat 3 bis 5 Junge. Baum- und Steinmarder sowie Iltis ranzen.

(Aus St. Hubertus, illustr. Jagdwochenschrift, Köthen-Anhalt.

Tageskalender.

Freitag bis Montag. Lichtspieltheater „Sonne": „Rosenmontag". Modernes Theater: „Die Welt in Flammen". Union-Theater: „Matrose wider Willen".

Freitag bis Sonntag: Große Bockbierfeste im „Parkkaffee.

Sonnabend, 7. Febr. Biochemischer Verein: Vortrag abds. 8 Uhr im „Casino".

Montag, 9. Febr. 219. Bildungsabend abds. 8 Uhr im „Herzog Christian".

Rundfunkprogramm.

Leipziger Meßamts-Sender.

Sonnabend, 7. Februar.

12 Uhr nm.: Mittagsmusik.
12.58 Uhr nm.: Nauener Zeitzeichen.
1 Uhr nm.: Börsen- und Pressebericht.
4 Uhr nm.: Landwirtschaftliche Preisberichte.
4.30—6 Uhr nm.: Konzert der Hauskapelle.
6 Uhr nm.: Landwirtschaftliche Preisberichte (Wiederholung).
6.15 Uhr nm.: Landwirtschaftliche Preisberichte (Fortsetzung).
6.45—6.45 Uhr nm.: Funkkastelstunde.
7—7.30 Uhr nm.: Hans Bredow-Schule. Englischer Kursus: Frl. Musold, 1. Lektion.
7.30—8 Uhr nm.: Vortrag Dir. Voß, stellv. Vorstand des Leipz. Meßamtes: „Was bringt die bevorstehende Leipziger Messe Neues?"
8.15 Uhr nm.: Volkstümliches Konzert. Dirigent: Alfred Simon. Solist: Otto Pulvers, Flöte, vom Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. Rossini: Ouvertüre „Wilhelm Tell". 2. Grieg: Peer Gynt-Suite Nr. 1. a) Morgenstimmung, b) Ases Tod, c) Anitras Tanz, d) In der Halle des Bergkönigs. 3. Mozart: Flötenkonzert mit Orchester (G-Dur). 1. Allegro Maestoso, 2. Adagio non troppo, 3. Rondo. Tempo di Menuetto. (Otto Pulver.) 4. Auber, Ouvertüre zur Oper „Fra Diavolo". 5. Dvorak: Slawische Tänze. 6. Verdi: Fantasie aus „Aida". 7. Johann Strauß: Rosen aus dem Süden, Walzer. (Das Leipziger Sinfonie-Orchester.

Anschließend (etwa 9.30 Uhr nm.): Pressebericht, Sportfunkdienst.
10—11.30 Uhr nm.: Tanzmusik.

Letzte Depeschen

Bauer erledigt.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 6. Febr. Der Prüfungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei, der sich aus Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktion zusammensetzt, hat sich heute vormittag mit der Angelegenheit Bauer-Barmat befaßt und ist einmütig zu der Entscheidung gekommen, daß Bauer sein Reichstagsmandat niederzulegen habe. Bauer soll sich dazu bereit erklärt haben.

Vier Kinder verbrannt.

(Eigene Radiomeldung.)

Kamenz, 66. Febr. Heute nacht brach im Hause des Schneidermeisters Raab in dem bekannten wendischen Kirchdorfe Ostrow Feuer aus. Dabei sind vier Kinder im Alter von 13, 5, 3 und 2 Jahren in den Flammen umgekommen. Das zweistöckige Wohnhaus sowie die Scheune sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Brand des deutschen Dampfers „Odenwald".

(Eigene Radiomeldung.)

27 Millionen Francs Schaden.

Aus Antwerpen wird gemeldet, daß an Bord des deutschen Dampfers „Odenwald", der mit einer Ladung von 10 000 Tonnen Salpeter und Kupferbarren aus Chile kommend, im Antwerpener Hafen lag, ein heftiger Brand ausgebrochen ist, dem die gesamte Ladung zum Opfer fiel. Der Gesamtschaden beträgt 27 Millionen Frank.

Berliner Börse vom 6. Februar.

(Eigene Radiomeldung.)

Die heutige Börse eröffnete außerordentlich lustlos und zurückhaltend. Die günstigere Auffassung über die Lage der deutschen Industrie, wie sie durch die Januarberichte der Preußischen Handelskammern zunächst verursacht wurde, scheint einer allgemeinen Mißstimmung gewichen zu sein, mit Rücksicht auf die Verschlechterung und die Schwierigkeiten die sich aus den deutschen Handelsvertragsverhandlungen ergeben. Auch die Geldlage ist noch immer nicht flüssig genug, um die Börse beleben zu können. So liegt heute in der Hauptsache Angebot vor, dem keine entsprechende Aufnahmefähigkeit gegenübersteht. Die allgemeine Tendenz der Märkte ist durchaus schwach. Montanwerte eröffnen bis zu ca 4 % unter den gestrigen Schlußkursen. Völlig lustlos liegt auch der Bankenmarkt mit niedrigeren Kursen. Kaliwerte, die bereits an der gestrigen Nachbörse Einbuße erlitten, liegen weiter schwach mit nennenswertem Kursrückgange. Auch das Geschäft in chemischen Werten ist eingeschlafen. Schiffahrtswerte liegen abgeschwächt ohne Interesse. Auch Elektrowerte liegen ruhig. Am Markt der ausländischen Renten ist Zurückhaltung festzustellen, doch können sich hier die Kurse zum Teil behaupten, einzelne sogar verbessern. Recht freundlich liegt der heimische Rentenmarkt. Die Veröffentlichung der Denkschrift über die Aufwertungsfrage scheint hier angeregt zu haben, wenn auch auf der anderen Seite die Erklärung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft gegen eine Aufwertung eine Haussebewegung nicht aufkommen läßt. Gegen Mittag hörte man Kriegsanleihe mit 0,827½; 3½ % Preuß. Konsols mit 1,312½; 23er K.-Schätze mit 2,27½; etwas abgeschwächt Schutzgebietsanleihe mit 7⅞ %. Die Lage am Geldmarkt scheint sich wieder etwas verfestigt zu haben. Am internationalen Devisenmarkt keine nennenswerte Veränderung.

•

Die amtlichen Produktenpreise vom 6. Februar.

Berlin, den 6. Februar (Drahtlos). Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg in Goldmark):

Weizen märk 248—252, Roggen märk. 247—250, Sommergerste märk. 250—265, Futtergerste 210—235, Hafer märk. 185,—192 Hafer pom. — — Weizenmehl 35,00—37,00 Roggenmehl 34,25 b. 37,00 Weizenkleie 16,20—17,00 Roggenkleie 16,30—16,60 Raps 400, Leinsaat 490—405, Viktoriaerbsen 29,00—35,00 kleine Speiseerbsen 21—23, Futtererbsen 20—22,00 Peluschken 18,—19,00 Ackerbohnen 20—22, Wicken 18,5—20, Lupinen blaue 13,00—14,50 Lupinen gelbe 16,00—17,00 Seradella alte 17—19, neue 16,50—18,50 Rapskuchen 18,80—19,20 Leinkuchen 25,—25,50 Trockenschnitzel 9,80—10,00 Zuckerschnitzel 19—20, Tortmelasse ,9,80 Kartoffelflocken 20,90—21,00 Kartoffeln weiß rote, blaue — gelbfleischige

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. Februar. (Drahtlos.) Amtlich wurden notiert:

Newyork (1 Dollar). 4,19—4,21.

Amsterdam (100 Fl.) 168,99—169,41.
Brüssel (100 Frk.) 21,56—21,62.
Paris (100 Frk.) 22,16—22,66.
London (1 Lstr.) 20,072—20,122.
Schweiz (100 Frk.) 80,84—81,14.
Stockholm (100 Kr.) 113,03—113,20.
Kopenhagen (100 Kr.) 74,91—75,09.
Rom (100 Lire) 17,42—17,46.
Prag (100 Kr.) 12,37—12,41.
Wien (100 000 Kr.) 5,96,7—5,927.
Athen 709,—711.

Alles in Billionen Mark.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Lauchstädt. Eine Abwechselung in der Reihe der jetzt stattfindenden Skat-Turniere, hat der Hotelbesitzer Fitzer seinen Gewinnern dadurch geboten, daß er ihm wertvolle Preise stiftete, die zur Besichtigung im Adler ausgestellt sind.

Delitz a. B., 6. Febr. Das Sittlichkeitsverbrechen von dem wir kürzlich berichteten, ist jetzt aufgeklärt worden. Der vermutliche Täter, der sich vor kurzem an einem Mädchen vergriffen hatte, ist bei einer Gegenüberstellung festgestellt worden. Er stammt aus Klein-Corbetha.

Aus dem Reiche.

Das Urteil gegen den „Klassenkampf"-Redakteur wegen Hochverrat.

1 Jahr 9 Monate Gefängnis.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig verurteilte gestern den Schriftleiter Louis Karl Drechsler aus Halle wegen Vorbereitung zum Hochverrat in vier Fällen und Vergehens gegen das Preßgesetz zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte war vom Mai bis Juli 1924 verantwortlicher Redakteur des „Klassenkampf" und veröffentlichte eine Reihe von Artikeln, die der Vertreter der Anklage als eine wahre Fabrik des Hochverrats bezeichnete. So wurde in einem Aufsatz offen zum Bürgerkrieg aufgefordert. In einem anderen Artikel wurde der Regierung Mordhetze gegen die K. P. D. vorgeworfen und behauptet, sie bediene sich dazu solcher Spitzel wie Haarmann.

Grans Revision verworfen.

Die von Grans, dem Mitangeklagten im Haarmann-Prozeß, gegen seine Verurteilung zum Tode eingelegte Revision ist verworfen worden. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden und dürfte gemeinsam mit dem gegen Haarmann gefällten Todesurteil in Kürze vollstreckt werden.

Die Schottlandfahrt der „Buckau".

Danzig. Gestern verließ das Motorschiff „Buckau" bei günstigem Wetter den Hafen mit einer Holzladung nach Schottland. Die Mannschaft ist auf dreizehn vermindert worden. Es befinden sich zwei Passagiere an Bord. In Kiel machte die „Buckau" eine Zwischenlandung, da dort die funkentelegraphischen Einrichtungen eingehaut werden. Auf der Fahrt bis Kiel wird ein amerikanischer Journalist, und zwar von der North News Paper American, sich an Bord befinden.

Aus aller Welt.

Die Auslieferung Spritt-Webers.

Mittwoch sind in Prag acht Beamte der Berliner Polizeidirektion eingetroffen, um den in Prag verhafteten Spirituss-schieber Weber und seinen Sekretär Cantrup nach Berlin zu bringen. Die Ueberführung wird aber erst in einigen Tagen durchgeführt werden können, da noch formelle Schwierigkeiten überbrückt werden müssen, da die Rechtsanwälte der Verhafteten die Auslieferung ihrer Klienten an die reichsdeutschen Behörden hinauszuschieben versuchen.

14 Jahre Gefängnis für Cook.

Dr. Frederick Cook, der vor einigen Jahren die Welt mit einem Bericht von seiner Entdeckung des Nordpols täuschte, wurde mit seinem Einspruch gegen das Urteil des Gerichtshofes von Texas abgewiesen, das ihn wegen Schwindels in Oelaktien zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt hatte.

Herausgeber: Ludwig Balz.
Verantwortliche Schriftleitung: Politik, Kunst und Wissenschaft und Bilderbeilagen: Karl Zeuch. Lokales und Provinz etc.: Hans Beck. Sport und Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0003

Allen denen, die unsere liebe Entschlafene

Frau Mieze Gaisser

in so reichem Maße ehrten und uns Beweise wohltuender Teilnahme gaben, sagen wir unsern innigsten Dank.

Merseburg, den 6. Februar 1925.

Familie Gaisser
Familie Mühlpfordt.

Oberpräsident a. D. D. Dr. von Hegel †

Bleibende Worte des Verstorbenen
sind enthalten in
Frische Kraft
Andachten für alle Tage des Jahres.
Unter Mitwirkung von anderen hrg. von
Hermann Josephson.
4. Aufl. gbd. 5.—, Schwarzleinen 6.—
Die Mitarbeiter, eine Elitegruppe der evang. Kirche, schenken hier zweifellos eine geistliche Gabe erster Güte dem deutsch-evang. Haus. Reichsbote.
C. Ed. Müller's Verlag (Paul Seiler) Halle a. S.
Vorrätig in den Buchhandlungen.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in großer Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Halle-S., Gr. Illärherstr. 20
am Katskeller.

Park-Kaffee

V. d. Gotthardtstor 4. Merseburg Hirtenstraße 10.
Bes. P. Freygang.

Heute Freitag bis Sonntag erstes grosses

Bockbier-Fest

verbunden mit humoristischen Gesangs-Einlagen unter Mitwirkung meiner Hauskapelle.

Der Erfolg

während meines
Inventur-Ausverkaufes
beruht auf der anerkannten Preiswürdigkeit meiner Angebote!!
Die Preise liegen vielfach weit unter Einkauf!
Auf nicht zurückgesetzte Artikel
10 % Rabatt!
Prüfen Sie meine Angebote! Vergleichen Sie meine Preise!
Otto Wirth, Merseburg Burgstraße
Damenkonfektion, Modewaren, Gardinen und Aussteuerbedarfsartikel.

Einnahme und Ausgabe

stehen oft im Widerspruch. Sie können Ihre Ausgaben verringern, wenn Sie die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" für 50 Pf. das Halbpfund kaufen; ihre Verwendungsmöglichkeit in Küche und Haushalt kennt keine Grenzen, ihre Vorzüge sind unerreichbar.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband

frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband" das farbig illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen.

Durch ganz besonders günstigen Einkauf:

Lack-Halbschuhe

Größen 36/40 in Schnür — 1 Spange — 2 Spange, prima Ausführung

Mk. 12.50

Keine fehlerhafte oder zurückgesetzte Ware. Original Goodyear gedoppelt, vorzügliche Paßform, moderne Façon.

Willy Ehrentraut

15 Kleine Ritterstraße 15
das führende Schuhhaus.

Sonntag, den 8. Februar steht ein Transport junger

Kühe und Färsen

hochtragend und frischmilchend **gutes Priegnitzer Milch-Vieh** zu günstigen Preisen bei mir zum Verkauf.

Montag, den 9. Februar steht ein Transport 3 bis 5 jähriger

Pferde,

rheinisch-belgischen und schwedischen Schlages
direkt aus erster Hand in bester Qualität zum Verkauf. Streng reelle Bedienung bei billigster Preisberechnung.

Hermann Heydenreich, Crumpa bei Mücheln.
Fernsprecher 39.

Generalvertretung

Ia Existenz

verteilt Fabrik bezirksweise an **Kapitalkräftige** Firmen u. Herren. Erstklassige Artikel Hoher Verdienst. Größte Absatzmöglichkeit. Wenden Sie sich unter No. **A. T. 29** an **Ala, Haasenstein & Vogler, Augsburg.**

Achtung!

Zu pachten gesucht 1 kl. Grundstück
mit 1 bis 3 Morg. Garten od. Acker, am Hause geleg. Bevorz. Kreis Merseburg.
Friedrich Ruhland, Staßfurt
Löderburgerstraße 5.

Ehrliche, saubere Frau
sucht noch einige Tage
Aufwartung.
Gefl. Offert. u. Fl. 42 an die Exped. d. Blattes.

Lebens-Existenz

finden redegewandte Leute als Generalvertreter für konkurrenzlose Zeitschrift.
Monatsverd. ca. Mk. 750.-.
Evtl. werden auch Nichtfachl. berücksichtigt. Ausf. Offerten an Postfach 473 Mannheim.

Sauberes 18 jähriges
Hausmädchen,
mit gut. Zeugnissen, sucht Stellung in bess. Hause z. 15. 2. oder 1. 3.
Hilda Häring,
Größ bei Roßbach-Weißenfels.

---

1 Kaufmanns-Lehrling
stellt eine größere hiesige Fabrik zu Ostern ein.
Angeb. u. 339 25 a. d. Exped. d. Bl. erb.

Siedlungs-Schule Neu-Rössen.

Schulanmeldung.

Die Anmeldung der Ostern 1925 schulpflichtig werdenden Kinder findet am **Dienstag**, den 10. Februar vorm. von 9—12 im Rektor-Zimmer der Siedlungsschule statt
Anzumelden sind alle Kinder, die bis 30. September 1925 das 6. Lebensjahr vollenden.
Vorzulegen sind Geburts- und Impfschein.
Das Rektorat der Siedlungsschule.

Um meiner werten Kundschaft zu ermöglichen sich täglich frisch einzudecken, habe ich mit dem heutigen Tage, den Engros-Vertrieb meiner erstklassigen Fabrikate, Spezialität feinste

Süßrahm-Tafelbutter

der Firma
Oskar Marr, Merseburg, Hälterstraße 8
Käserei u. Buttergroßvertrieb
übertragen.
Schloßmolkerei Eckartsberga i. Th.
G. Willmsen.

Um den weitesten Interessenkreisen die Anschaffung eines wirklich guten **Radio-Apparates** zu ermöglichen, verkaufe ich bis auf Weiteres eine komplette Empfangsanlage bestehend aus:

Einröhren-Apparat
inkl. Sparröhre
Heiz- u. Anodenbatterie
Licht- oder Zimmer-Antenne
Doppelkopfhörer (8000 Ohm)
sowie dazugehörige Schnüre
zum Preise von Mk. **80.—.**

Die Anlage einer Hochantenne ist nicht erforderlich.

Paul Rudolph, Elektro-bedarf
Lindenstraße 6. Tel. 601.

Schwarz-weiße Woche

Kleiderstoff, weiß mit seidenen Streifen			1.50
Cheviot schwarz	1.90		1.50
Cheviot reine Wolle	3.00	2.50	1.90
Popeline schwarz			1.[illegible]
Popeline reine Wolle	3.75	3.50	2.90
Colienne weiß u. schwarz, 105 br.			5.75
Crep 150 cm br., schöne Ballfarben			1.50
Leinen für Kleider, 110 cm br., weiß			1.50
Nessel wieder eingetroffen, 85 cm br.			-.53
Hemdenbarchente gestreift		Meter	-.55
Hemdentuche	0.70	0.50	-.55
Damenhemden r gestickt u m. Hohlf.	1.45		-.95
Untertailen mit Stickerei	1.25	0.95	-.68
Prinzeßunterröcke f. Dam. m. r. Stickereivol. St.			2.75
Hemdhosen m. Hohlf. reich gestickt Stück			2.90
Wischtücher weiß m. rot. Kante gesäumt „			-.23

Von **5 Mk.** an bekommt jeder Käufer ein **prakt. Geschenk!**

Geschw. Wolff,

Halle a. Saale
Leipzigerstraße 37. — Gegenüber Rotes Roß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 31 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 6. Februar 1925.

Lärmszenen im Landtag.

Die gestrige Landtagssitzung, die kurz vor 3 Uhr begann, wurde vom Präsidenten Bartels mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen Abg. Dr. Negenborn (Dnatl.) eröffnet. Der Präsident gab sodann Kenntnis von dem Schreiben des Ministerpräsidenten Braun, in dem dieser die auf ihn gefallene Wahl vom 30. vergangenen Monats ablehnt.

Auf die Mitteilung, daß der Aeltestenrat die Wahl des Ministerpräsidenten auf Dienstag, den 10. Februar anzusetzen wünsche, bemerkte Abg. Koerner (Nat.-Soz.), am Donnerstag, den 8. Januar, nachm. 3.35, sei der Abg. Bartels zum Präsidenten des Landtages gewählt worden. Nach § 7 der Geschäftsordnung werde der Präsident auf vier Wochen und dann endgültig gewählt. Seine Wahlzeit sei somit abgelaufen. Zur Zeit sei danach ein den Vorschriften der Geschäftsordnung entsprechender Präsident nicht vorhanden. Wenn der Aeltestenrat beschlossen habe, darüber stillschweigend hinwegzugehen, so sei das unzulässig. Abg. Koerner verlangte sofortige Vornahme der Wahl des Landtagspräsidenten. Der gegenwärtige Präsident gehöre als Parteisekretär einer Partei an, die von Barmat 50 000 Mark angenommen habe. (Große Unruhe links, Zustimmung rechts.) Dieser Umstand schon mache ihn unfähig, das Amt des Präsidenten weiter zu bekleiden. (Großer Lärm links.) Ueberdies scheine Herr Bartels ein schweres körperliches Gebrechen zu haben, das ihn unfähig mache, sein Amt unparteiisch zu führen. (Erneuter Lärm.) Wiederholt habe der Präsident Anwürfe, die von links seiner Partei entgegengeschleudert seien, ungerügt gelassen, so die Zurufe Lump, Schuft und dergleichen. Er sei aber sofort eingeschritten, als von seiten der Nationalsozialisten einmal unverschämter Jude gerufen worden sei. (Großer Lärm links, Rufe: Runter mit dem Lümmel, andauernde große Unruhe, so daß die weiteren Worte des Redners nicht zu verstehen waren.)

Das Haus trat sodann in die Erledigung der Tagesordnung ein. Es wurden zunächst mehrere Ausschüsse eingesetzt, unter diesen ein Ausschuß zur Durchführung der Personalabbauverordnung und ein Wahlprüfungsgericht. Für die besonderen Angelegenheiten der besetzten Gebiete wurde ein ständiger Ausschuß von 21 Mitgliedern berufen. Nach Erledigung weiterer kleiner Vorlagen ging man zur Beratung der kommunistischen Anträge auf

Erlaß eines Amnestiegesetzes

über. Der Kommunist Obuch bedauerte, daß der Ausschuß die Ablehnung dieser Anträge befürwortete und daß auch der Ministerpräsident Braun gegen diese Anträge Stellung genommen habe. (Ein kommunistischer Abgeordneter, der den Ausdruck „Schuft" gebrauchte, wurde zur Ordnung gerufen.) Wenn die Sozialdemokraten so viel für die politischen Gefangenen täten wie für Barmat, so wäre schon vieles gebessert. Schieber, Wucherer, Volksausplünderer und Spitzel liefen frei herum, nur Arbeiter säßen im Gefängnis, die ihre Rechte verteidigt hätten, die sie durch die Novembertage 1918 errungen hätten.

Als nach dem Abg. Obuch der Sozialdemokrat Kuttner das Wort nehmen wollte, wurde er mit dauernden stürmischen Rufen der Kommunisten, die ihn am Reden verhindern wollten, empfangen. Rufe wie: „Arbeitermörder!" „Er hat einen Arbeiter erschossen!" „Raus mit ihm!" erschollen, und Vizepräsident Dr Porsch versuchte durch andauerndes Läuten mit der Präsidentenglocke dem Redner das Wort zu verschaffen. Die lärmenden Unterbrechungen der Kommunisten hielten an, und die Rufe „Mörder!" wollten kein Ende nehmen. Da es nicht möglich war, die erforderliche Ruhe zu schaffen, mußte Vizepräsident Porsch um 3.15 Uhr die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrechen.

Die neue Sitzung des Landtages wurde kurz nach 4 Uhr eröffnet. Der Führer der Kommunisten, Pieck, protestierte erneut gegen die Wortergreifung des Abg. Kuttner, bezeichnet sein Vorgehen als Heuchelei und erklärt, daß, wenn ihm das Wort doch erteilt werde, sich seine Partei gezwungen sehe, den Saal zu verlassen. Als aber Kuttner das Wort nicht entzogen wird, verlassen die Kommunisten geschlossen den Saal, von lebhaften Zurufen der Sozialdemokraten begleitet, die den Kommunisten Stimmungsmache vorwerfen.

Schutz dem Stadtbild!

Schon in der Zeit vor dem Kriege war ein besonderer Ausschuß zur Bearbeitung einer Ortssatzung eingesetzt worden, der sich mit dem **Schutze der in der Stadt Merseburg vorhandenen künstlerisch und geschichtlich wertvollen Bauten und Stadtbilder** gegen Verunstaltung und mit dem Schutze neu zu bebauender Stadtteile gegen verunstaltende Neubauung befassen sollte. Die Vorarbeiten, die schon zur Aufstellung eines Satzungsentwurfes geführt hatten, sind durch den Krieg und seine Folgezeit unterbrochen, jetzt aber vom Magistrat wieder aufgenommen worden. Sie haben nach eingehender und sorgfältiger Durchberatung in der Baudeputation und einer von der Baudeputation eingesetzten besonderen Kommission zu der Ortssatzung geführt, die jetzt dem Stadtverordneten-Kollegium zur Genehmigung vorgelegt wird. Die Ortssatzung beschäftigt sich in ihren ersten Teilen damit, einen Schutz gegen Verunstaltung für die künstlerisch und geschichtlich wertvollen Stadtteile und Einzelgebäude zu schaffen, aber auch

bei künftigen Neubauten, die Baugenehmigung von der Erfüllung erhöhter städtebaulicher und baukünstlerischer Forderungen in Bezug auf Form und Farbe in bestimmten Stadtgegenden abhängig zu machen.

Grundsätzlich ist dabei von dem Gesichtspunkt ausgegangen worden, daß alle auf geschichtlichen oder künstlerischen Wert Anspruch erhebenden Ortsteile und Gebäude gegen Veranstaltung nicht nur an ihnen selbst, sondern auch an ihrer Umgebung geschützt werden

•

Die Ortssatzung, die wir nachstehend wiedergeben, ist ohne Zweifel vom kulturellen und historischen Standpunkte aus zu begrüßen. Es ist eine moralische Pflicht der Stadt, die historischen Stätten und auch alle anderen alten Bauten, die von den großen Feuersbrünsten verschont geblieben sind zu schützen. Anderseits werden unsere Stadtverordneten gut daran tun, wenn sie die Satzung genau durchprüfen, ehe sie ihr über Pausch und Bogen zustimmen. Die Bestimmungen hinsichtlich der Neubauten würden bei einem so weitgehenden Veto der Stadt leichte Handhabe zu diktatorischen Maßnahmen geben. Die Gesichtspunkte, die gerade in Gewerbe und Industrie oft bei Errichtung eines Neubaues ausschlaggebend sind, lassen sich nicht immer in eine Schablone pressen, ohne eine wirtschaftliche oder Geschäftsschädigung herbeizuführen. Wenn man sich auch den Schutz der Heimatdenkmäler zur Aufgabe gemacht hat, was sicherlich im Sinne der gesamten Einwohnerschaft sein wird, so muß man anderseits vermeiden, mit dieser Verordnung eine Gefährdung des wirtschaftlichen Aufstieges unserer Stadt herbeizuführen.

Was die Bestimmungen des Häuseranstrichs anbelangt, so wäre es mit Freuden zu begrüßen, wenn die Stadtverwaltung in dieser Beziehung der Bürgerschaft mit leuchtendem Beispiele voranginge. Allerdings nicht „leuchtend" in dem Sinne, wie sich unser neues Rathaus dem Auge des Beschauers darbietet. Es wird wohl niemand ernstlich behaupten wollen, daß der „geschmackswidrige" Anstrich unseres Rathauses zur Hebung des Stadtbildes im allgemeinen und zur Effekterhöhung des Anblickes des Marktes im besonderen dient. Es wäre zu hoffen und wünschen, daß die Verordnung, wenn sie durchgeführt würde ohne drakonische Maßnahmen für den privaten Wohnungsbau, der ja gefördert werden soll, nicht Halt machen würde vor der Ehrwürdigkeit des Rathauses, so daß eine freundliche Fassade der inneren Ausgestaltung Rechnung tragen würde.

•

Ortssatzung

zum Schutze der Stadt Merseburg gegen Verunstaltung.

Auf Grund des Gesetzes gegen die Verunstaltung der Ortschaften und landschaftlich hervorragender Gegenden vom 15. Juli 1907 (RGBl. S. 8) wird nach Anhörung Sachverständiger für den Stadtkreis Merseburg folgende Ortssatzung erlassen:

1. Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Aenderungen ist, wenn dadurch die Eigenart, der städtebauliche Wert oder die geschichtliche Bedeutung des Orts-, Straßen oder Platzbildes beeinträchtigt wird, an folgenden Straßen und Plätzen zu untersagen:

Roßmarkt, Marktplatz mit Preußerstraße, soweit diese vom Marktplatz aus in Erscheinung tritt, Grüner Markt, Burgstraße, Obere Burgstraße, Am Neumarktstor, Domstraße, Grünestraße, Domplatz und Domprobstei einschl. Domstufen, Altenburg, Schulplatz und Eselsplatz, Oberaltenburg, Schreiberstraße, Mühlberg, Stufenstraße, Neumarkt von der Waterloobrücke bis zur Kreuzstraße, Kirchstraße, Mälzerstraße bis zur Stadtgrenze, Treppen zwischen Wasserkunst und Mühlberg, Platz in der Unteraltenburg vor dem Teichmannschen Grundstück, Brauhausstraße, Breitestraße, Obere Breitestraße, Gotthardistraße, Entenplan.

2. Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung baulicher Aenderungen ist, wenn deren architektonische Eigenart durch die Bauausführung beeinträchtigt wird, an folgenden Bauten oder Bauteilen zu untersagen: Herzog Christian, Weißenfelserstraße Nr. 1, Breitestraße Nr. 5 (Portal), Breitestraße Nr. 15 (Portal), Burgstraße Nr. 10, Apothekerstraße Nr. 4, Domstraße Nr. 3 (Portal), Obere Burgstraße Nr. 9 Oetzschner, Domplatz Nr. 2, sämtliche Domkurien und zwar: Domstraße 5, 8, 10, 12, 15, Domplatz Nr. 1, 5, 7, Domprobstei Nr. 2, 6, 7, Oberburgstraße Nr. 2, 4, Unteraltenburg Nr. 44, Unteraltenburg Nr. 51, Weinberghaus, Krummes Tor mit Anbau, Eulenturm und sämtliche Reste der Stadtbefestigung, Wachtgebäude mit Säulengang am Roßmarkt, Burgstraße 8 (Haus Schwickert), Entenplan 7 (Haus Tänzer), Brauhausstraße 17 (Ressource).

3. Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Aenderungen ist, wenn diese Bauwerke in ihrer architektonischen Eigenart oder im Straßen- und Platzbild durch die Bauausführung beeinträchtigt werden, in der Umgebung folgender Bauwerke zu untersagen: Dom, Schloß, Schloßgarten — Pavillon, Schloß — Wasserkunst, Altenburger Kirche, Stadtkirche, Neumarktskirche, Stadtgottesacker mit Kapelle und Portal, Siechruine mit Turm, Rathaus am Markt, Altes Rathaus, Burgstraße 1, Herzog Christian, Klosterkirche (Museum), Weinberghaus.

4. Die farbige Behandlung der Schauseiten der unter dem Schutz der Punkte 1 bis 3 fallenden Baulichkeiten und Plätze unterliegt baupolizeilicher Genehmigung. Diese ist zu versagen, wenn durch die Farberwahl die architektonische Wirkung der Bauformen, die Einheitlichkeit des Gebäudes oder seiner städtebaulichen Umgebung gestört wird.

5. Bei künftigen Neubauten ist die Baugenehmigung von der Erfüllung erhöhter städtebaulicher und baukünstlerischer Forderungen in Bezug auf Form und Farbe, um eine einheitliche Gesamtgestaltung dieser Straßen und Plätze zu gewährleisten, in dem auf der Anlage zu dieser Ortssatzung mit den Ziffern 1—4 bezeichneten blau eingetragenen Stadtteilen, **abhängig zu machen.**

6. An den unter den Schutz der Punkte 1 bis 3 fallenden Baulichkeiten, Straßen und Plätzen unterliegt jede Anbringung oder freie Aufstellung von Reklameschildern und Schaukästen sowie die Anbringung oder Erneuerung von Aufschriften und Abbildungen der baupolizeilichen Genehmigung. Diese ist zu versagen, wenn die architektonische Eigenart des Bauwerkes, seine Umgebung oder das städtebauliche Straßen- und Platzbild durch die Anbringung dieser Einrichtungen und Anschriften verunstaltet werden würde.

7. Verursacht die Erfüllung dieser Ortssatzung dem Bauherrn Mehraufwand, der in keinem angemessenen Verhältnis zu den übrigen Baukosten steht und auch durch geeignete Vorschläge des Magistrats oder der Polizeiverwaltung nicht erträglich gestaltet werden kann, so kann von der Durchführung der Ortssatzung soweit abgesehen werden, als den Bestimmungen ihrem wesentlichen Sinne nach bei der Bauausführung entsprochen wird.

8. Wird rechtzeitig bei jeder Entwurfsbearbeitung für Bauvorhaben an den durch diese Ortssatzung geschützten Gebäuden, Straßen, Plätzen mit der Baupolizei Fühlung ge-

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman.

Von Günther von Hohenfels.

Amerikanisches Copyright by Carl Duncker, Berlin 1928.

34) (Nachdr. verb.)

„Ist jetzt doch nicht mehr in seinem Bureau!"

„Er wartet auf mich."

Der Herr überlegte.

„Ich kann nur das eine tun und ihn telephonisch anrufen. Ich werde ihm sagen, daß Sie irrtümlich verhaftet wurden und morgen um zehn Uhr bei ihm sind."

„Herzlichen Dank."

„Natürlich, wenn er im Bureau ist."

„Wenn nicht — ich flehe Sie an, schreiben Sie ein paar Zeilen und schicken Sie ihm die."

„Auch das!"

Der Sekretär ging und der Inspektor kam herein.

„Weil der Herr Konsul sagt, daß sie der falsche sind, will ich davon absehen, Sie in eine Zelle zu sperren, und werde Ihnen ein Feldbett hierherbringen lassen. Auch können Sie sich auf Ihre Kosten ein Abendessen besorgen lassen."

„Gut, gut."

Ohne hinzusehen, reichte er einiges Geld und war allein. Er zwang sich zur Ruhe. Schließlich — Dr. Schlüter war ja in das Hotel gekommen, hatte seinen Brief erhalten. Daß Schlüter noch nicht bei ihm im Gefängnis war, konnte höchstens ein gutes Zeichen sein. Er war eben bei Hieronimo. Und im schlimmsten Fall war ja morgen um zehn auch noch Zeit. Morgen war ja erst der letzte! Es gelang ihm, sich zu beruhigen. Die Hauptsache war, daß er morgen früh wieder frei war. Für eine Stunde war er fast geneigt, das Abenteuer humoristisch zu nehmen, und er aß sogar.

Dann wurde er wieder unruhig. Es wurde zehn Uhr, und Schlüter ließ nichts von sich hören. Er als Polizeimann, der selbst gesagt hatte, daß er auf der Behörde in Buenos Aires bekannt sei, mußte doch Mittel finden, zu ihm zu gelangen. War ihm etwas zugestoßen? Hatte er seinen Brief gar nicht bekommen? Irrte er vielleicht in Buenos Aires umher und suchte nach ihm? War er gar nicht bei Hieronimo gewesen? Silvio verbrachte eine schreckliche Nacht. Seine Phantasie malte ihm Johannas Qualen vor. Den Zusammenbruch! Ihre Zweifel an ihm. — Wie langsam die Stunden schlichen in dieser Nacht! Endlich am Morgen, es mochte sieben Uhr sein, wurde die Tür aufgeschlossen, und Dr. Schlüter drängte den wachthabenden Polizisten zur Seite.

„Guten Morgen, Sie Unglücksmann, was machen Sie für Geschichten?"

„Dem Himmel sei Dank, Doktor!"

Schlüter lachte.

„Nun halten Sie erst keine Reden, ich denke, Sie haben hier lange genug gebrummt. Was nötig ist, erzählen wir uns lieber draußen."

„Ich bin frei?"

„Natürlich, ich habe in aller Hergottsfrühe den Direktor, der ja mein alter Bekannter ist, aus den Federn geholt. Hier ist der Entlassungsschein."

Der Beamte sah des Direktors Unterschrift und ließ die Tür frei. Sie gingen mit schnellen Schritten durch die Avenidas des Parkes 3 de Febrero.

Jetzt erst konnte Silvio sprechen.

„Ich hatte schon gestern abend auf Sie gehofft?"

„Und ich habe erst heute früh um 6 Uhr von Ihrer Verhaftung gehört."

„Heute früh?"

„Ich war nämlich gestern gezwungen, Sie zu versetzen und kam erst heute früh nach Hause."

„Dann haben Sie auch meinen Brief nicht erhalten?"

„Von einem Brief wußte der Nachtportier nichts. Den habe ich bisher ebensowenig bekommen, wie sie den meinen, den ich Ihnen durch einen in Buenos so vortrefflichen Botenjungen in das Hotel geschickt habe. Da liegen die beiden Epistel wahrscheinlich vergnügt in der Office." Silvio war bleich geworden.

„Sie waren auch nicht bei Don Hieronimo?"

„Auch das leider nicht; ich hatte Wichtigeres zu tun hatte er Sehnsucht?"

Silvio war verzweifelt.

„Dann ist alles verloren! Don Hieronimo glaubt mir nicht und ist voller Mißtrauen. Er hat mich um sechs Uhr noch einmal in sein Bureau bestellt, und ich sollte Sie mitbringen."

„Also an mich erinnert er sich?"

„An den Thalliumstift. Sie sollten verbürgen, daß ich kein Betrüger bin."

„Unsinn, wir gehen heute früh um neun Uhr zu ihm, dann ist noch Zeit."

„Er war im Begriffe abzureisen."

„Wir werden schon sehen. Jetzt hat es keinen Zweck, sich Gedanken zu machen. Heute liegt der Tag vor uns, und ich lasse Sie keinen Schritt mehr von meiner Seite, Sie Unglücksrabe. Nun sagen Sie mir lieber, haben Sie von unserem Freund Gröger etwas gehört?"

„Von dem rechten leider nicht. Don Hieronimo kennt nur einen Methodistenprediger und Schullehrer dieses Namens."

„Methodistenprediger und Schullehrer? Großartig. Weiß er wenigstens, wo er ist?"

„In San Felipe im Staate Mendoza."

„Ist natürlich ein gottvergessener Rancho mit einer Siedlung drum. Das wird unser Mann schon sein. Das paßt zu dem, was ich in dieser Nacht erfahren. Natürlich reisen wir mit dem Mittagszug nach Mendoza. Sie haben fast mehr erreicht als ich. Kommen Sie, jetzt frühstücken wir gut im Pabellon."

„Wie könnte ich jetzt etwas genießen?"

„Natürlich können Sie. Essen und Trinken muß der Mensch in jeder Lebenslage. Je mehr er Sorgen hat, desto mehr, denn um so nötiger braucht er seine Kräfte und vor neun Uhr können wir doch nicht zu Don Hieronimo."

Er führte Silvio in ein außerordentlich elegantes Restaurant mitten im Park, bestellte ein erlesenes Frühstück, sprach ihm selbst eifrig zu und veranlaßte auch Silvio, zu essen. Eigentlich ärgerte dieser sich über die gute Laune des Kommissars. Natürlich, warum sollte dieser sich grämen? Um neun Uhr waren sie im Bureau des Farmers.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0005

nommen, so wird diese nicht nur durch baukünstlerische Beratung die Entwickelung der Bauvorlagen, fördern, sondern auch Mehrkosten, die durch die Beratung dieser Ortssatzung entstehen könnten, verhüten oder auf ein angemessenes erträgliches Maß einschränken können.

9. Ueber die Erteilung oder Versagung der Genehmigung auf Grund der Bestimmungen dieser Ortssatzung entscheidet der Magistrat nach Anhören der Baudeputation.

In wichtigeren Fällen ist ein besonderer Sachverständigen-Ausschuß zu hören, im Falle des Punktes 3 der Provinzialkonservator. Die zu hörenden Sachverständigen werden von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Ihre Zahl soll 3 nicht übersteigen.

10. Wird ein Bauentwurf beanstandet, so hat die Baupolizeiverwaltung den Bauherren und Architekten zu einer mündlichen Verhandlung einzuladen. Kommt eine Einigung nicht zustande, und wird die Baugenehmigung versagt, so stehen dem Bauherren die Rechtsmittel nach §§ 127 ff des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 offen.

11. Diese Ortssatzung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Lokales.

Ein neues Baupolizeigesetz.

Die Ortssatzung zur baulichen Erweiterung der Stadt, der noch Veranlagungen aus der Inflationszeit zugrunde liegen, entspricht den heutigen Erfordernissen nicht mehr. Da auch die Satzung infolge zahlreicher Zusätze unübersichtlich geworden ist, hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, ihr unter Beibehaltung der Bestimmungen, die sich schon bisher bewährt haben, eine neue Form zu geben. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich am kommenden Montag mit der neuen Fassung, die wir nachstehend wiedergeben, zu beschäftigen haben.

Ortssatzung für die bauliche Erweiterung der Stadt Merseburg und den Anbau an neuen Straßen.

Auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853, der §§ 12 und 15 des Gesetzes vom 2. Juli 1875, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, sowie auf Grund von Artikel 1, Ziffer 11 des Wohnungsgesetzes vom 28. 3. 1918, G. S. S. 23 wird für den Bezirk des Stadtkreises Merseburg folgende Ortssatzung erlassen:

1. An Straßen oder Straßenteilen, welche noch nicht gemäß der baupolizeilichen Bestimmungen der Stadt für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertiggestellt sind, dürfen Wohngebäude, die nach diesen Straßen einen Ausgang haben, nicht errichtet werden. Von dieser Vorschrift kann Befreiung vom Magistrat unter Zustimmung der Polizeiverwaltung bewilligt werden. Die Befreiung soll in der Regel nur unter der Bedingung bewilligt werden, daß vor Beginn der Errichtung des Gebäudes die in Punkt 2 festgesetzten Verpflichtungen erfüllt werden. Der Errichtung von Wohngebäuden wird der Ausbau oder Erweiterungsbau bestehender Wohngebäude, der Anbau an bestehende Wohngebäude die Umwandlung eines bisher zu anderen Zwecken benutzten Bauwerkes in ein Wohngebäude, sowie der Wiederaufbau eines niedergelegten oder durch Naturereignisse zerstörten Wohngebäudes gleich geachtet.

2. Bei der Anlegung einer neuen oder bei der Verlängerung einer schon bestehenden Straße, wenn diese zur Bebauung bestimmt ist, sowie bei dem Anbau an schon vorhandenen, bisher unbebauten Straßen und Straßenteilen sind die angrenzenden Eigentümer, sobald sie Gebäude an der neuen Straße errichten, verpflichtet: den Grund und Boden der Straßen (einschl. des Bürgersteiges) längs der ganzen die Straße berührenden Grenze ihres Grundstücks bis zur Straßenmitte, jedoch nicht für mehr als 13 Meter der Straßenbreite, der Stadtgemeinde unentgeltlich zu übergeben und schulden- und lastenfrei zu übereignen oder, soweit die Stadtgemeinde dieses Gelände gegen Entgelt erwirbt oder bereits erworben hat, ihr die Kosten des Grunderwerbs zu ersetzen; die Kosten der Freilegung, erste Einrichtung (insbesondere Pflasterung, Ent- und Bewässerung und Beleuchtung) der Straße der Stadtgemeinde nach folgenden Grundsätzen zu erstatten: bei Anlegung einer neuen oder Verlängerung einer bereits bestehenden Straße werden die Selbstkosten der Stadt auf die Anliegerlänge umgelegt, soweit dies nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen zulässig ist. Stehen die Selbstkosten bei Erteilung der Baugenehmigung noch nicht fest, so hat der Zahlungspflichtige die auf ihn entfallenden mutmaßlichen Beträge auf Verlangen der Stadt sicherzustellen, beim Anbau an eine schon vorhandene Straße werden für jeden Meterstreifen des zu 1) bezeichneten Geländes Beiträge erhoben. Ihre Höhe ergibt sich aus einem Tarif, der durch den Magistrat auf Vorschlag der Baudeputation nach den Selbstkostenpreisen festgesetzt wird.

3. Eigentümer von Eckgrundstücken haben die Verpflichtungen aus den Punkten 1 und 2 hinsichtlich aller angrenzenden Straßen, jedoch kann der Magistrat in diesem Falle den Beitrag ermäßigen, aber höchstens bis auf den Betrag, der für die den höchsten Beitrag erfordernde Straße zu zahlen ist.

4. Wird die Straßengrenze eines Grundstückes, dessen Eigentümer zu Straßenkosten herangezogen ist, später dadurch verlängert, daß mit dem Grundstück eine Grundfläche wirtschaftlich vereinigt wird, für welche die Straßenkosten noch nicht bezahlt sind, so ist der Eigentümer verpflichtet, die auf die Verlängerung entfallenden Straßenkosten alsbald nach der Vereinigung nachträglich zu zahlen, bezw. die Verpflichtungen dieser Ortssatzung auch wegen des neuen Grundstücks zu erfüllen.

5. Erbbauberechtigte stehen hinsichtlich der sich aus dieser Ortssatzung ergebenden Pflichten dem Grundstückseigentümer gleich und haften neben diesem als Gesamtschuldner.

6. Diese Ortssatzung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Mit diesem Tage verliert die Ortssatzung vom 20.—23. März 1908 und der Nachtrag vom 13. März 1923 ihre Kraft.

*

Die Verbreiterung der Schul- und Kl. Ritterstraße

soll bis zum kommenden Frühjahr durchgeführt werden. Nachdem die Stadt mit dem Kreise das hierzu notwendige Bodentauschabkommen getroffen hat, wobei letzterem als Entschädigung für das zur baulichen Ausführung abgetretene Gelände städtischer Boden östlich der Klia überlassen wird, hat der Magistrat den Beschluß zur Inangriffnahme der Arbeiten gefaßt. Im Zusammenhange hiermit hat er dem Fluchtlinienplan für das Gelände zwischen der Kleinen und Großen Ritterstraße, dem Kliabett und der Schulstraße zugestimmt. Durch Aufschließung des dem Kreise gehörenden Geländes soll dieses der Bebauung zugänglich gemacht werden. Die ursprünglich vorgesehene Verbreiterung der Kleinen Ritterstraße auf 15 Meter soll auf 13,25 Meter infolge Einspruchs von Anliegern beschränkt werden.

Diese straßenbaulichen Veränderungen werden unsere Stadtväter am kommenden Montag beschäftigen. In der Begründung zu dem Arealtausch wird folgendes ausgeführt:

Zur Verbreiterung der Schulstraße und der kl. Ritterstraße wird von dem sogenannten Wöllfel'schen Grundstück eine Fläche von rund 400 Quadratmeter benötigt. Ueber die Abtretung des Geländes sind auf Grund des Kaufvertrages über das Wöllfel'sche Grundstück s. Zt. durch Herrn Stadtrat Thiele gewisse Vereinbarungen getroffen worden, derart, daß das zur Straßenverbreiterung notwendige Gelände kosten-, schulden- und lastenfrei an die Stadt abgetreten wird während die Stadt ihrerseits einen Streifen des Kliatales längs dem Wöllfel'schen Grundstückes kostenlos an den Kreis abtritt, um die vom Kreis gewünschte bessere Ausgestaltung des Restaurants zum Ritterhof durchführen zu können. Die Abschachtung des abgetretenen Geländes soll durch Erwerbslose derart durchgeführt werden, daß der Kreis die entstehenden Kosten, die mit 4 500 Mark veranschlagt sind, seinerseits trägt. Die gewonnenen Erdmassen sollen zur Regulierung des Kliatales und zur Herstellung von Anlagen und Spielplätzen östlich der Hälterstraßen-Brücke benutzt werden.

*

Schulplatzabgrenzung. Die Abgrenzung des Schulplatzes der Mittelschule gegen die Schulstraße hat der Magistrat beschlossen. Die dazu erforderlichen Mittel betragen 750 Mk. Der Beschluß, der die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen wird, wird folgendermaßen begründet: Da beabsichtigt ist, die Schulstraße als Eingangsstraße für die innere Stadt dem öffentlichen Fahrverkehr demnächst zugänglich zu machen, ist es unbedingt nötig, den Schulplatz gegenüber der Schulstraße abzugrenzen.

Brückenumbau. Den Umbau der Fußgängerbrücke über den hinteren Gotthardteich nach dem neuen Schützenhaus hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, da, wie die Tagesordnung besagt, der Unterbau der Brücke, insbesondere die Tragbalken, Sattelhölzer und Pfähle, in letzter Zeit Zeit stark gelitten haben. Gleichzeitig sollt aus den alten noch zu verwendenden Bauhölzern der jetzigen Brücke ein Laufsteg im Anschluß an die neue Brücke hergestellt werden, damit die Möglichkeit gegeben ist, Schwimmstoffe, Tierkadaver usw. dem vorderen Teich fernzuhalten.

Die neue Uniform der Verwaltungspolizei. Die Uniform der Beamten des Verwaltungs-Außendienstes entspricht nach einer neuen Anordnung in der Farbe und im Schnitt der für die Schupo der Polizei. Das Achselstück der Polizei-Direktionen entspricht dem der früheren Inspektoren und hat hellblaue Tuchunterlage mit 3 übereinander liegenden Sternen aus weißem Metall. Die Polizei-Kommissare tragen das Achselstück der früheren Kommissare mit dunkelblauem Sammittelstück ohne Sterne, die Polizeisekretäre das der Oberwachtmeister der früheren Schutzmannschaft mit dunkelblauer Samtunterlage und mit 2 Sternen, die Polizei-Assistenten mit 1 Stern. Die Achselstücke haben kein Wappenschild.

Heilmittelzuschuß nicht mehr im Belieben der Kasse. Die Bestimmung der Satzung einer Krankenkasse, durch die es in das Belieben der Kasse gestellt wird, einen Zuschuß für größere Heilmittel bis zu einem bestimmten Höchstbetrage zu gewähren, ist nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts unzulässig. Eine Satzung enthielt die Bestimmung, die Kasse könne auch einen Zuschuß bis zu 25 Mark für größere Heilmittel gewähren. Während der Geldentwertung wurde der Satz erhöht. 1924 wollte die Kasse diese Bestimmung aus der Fassung von 1913 wieder herstellen. Das Oberversicherungsamt änderte aber den Wortlaut dahin, daß die Kasse den Zuschuß „gewährt". Auch das Reichsversicherungsamt weist darauf hin, daß nach dem Gesetz von 1923 die Kasse mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes einen Höchstbetrag für kleinere Heilmittel festsetzen könne. Der Kassenvorstand bestimme jetzt nicht mehr über die Gewährung des Zuschusses. Der Anspruch erwachse aus der Satzung selbst. Auch die Gewährung des Zuschusses für größere Heilmittel unterliege nicht mehr dem Belieben der Kasse, sondern beruhe auf einem Rechtsanspruch. Das freie Ermessen des Kassenvorstandes sollte eben ausgeschaltet werden.

Beraubung deutscher Briefposten. Briefposten aus den Balkanstaaten nach Deutschland sind in den letzten Monaten wiederholt im Auslande beraubt worden. Dabei wurden Hunderte von Einschreibsendungen entwendet. In einem Falle war ein Beutel mit einer Plombe verschlossen, die einen Zangenaddruck ohne Inschrift trug, der nicht von der absendenden Postanstalt herrührte. Meist war der Beutel mit einem Knoten verschnürt, der unter dem Kropfe sorgfältig verdeckt war. Die Beschädigung des Verschlusses ist von der deutschen Post meist nicht bemerkt worden. Man befürchtet, daß man die Reichspost für den Verlust der Sendungen haftbar zu machen versuchen wird. Die beteiligten Beamten sind deshalb angewiesen worden, bei der Uebernahme der Beutel aufzupassen. Beraubungen werden den obersten Postbehörden sämtlicher Zwischenverwaltungen telegraphisch mitgeteilt.

Fahnenweihe durch Pfarrer. Ueber Fahnenweihen durch Pfarrer hat das Konsistorium vom 30. Dezember v. Js. eine Verfügung erlassen, wonach Fahnenweihen sowohl im Talar als auch ohne Talar unzulässig sind. Diese Verfügung bedeutet an sich durchaus nichts Neues, sondern bringt nur eine andere des Ev. Oberkirchenrats aus dem Jahre 1873 in Erinnerung, wonach eine solche Weihe nur den Fahnen des Heeres zusteht. Wenn also fortan Pfarrer ihre Beteiligung bei Fahnenweihen auch von vaterländischen Vereinen ablehnen, so wollen diese darin nicht eine Unfreundlichkeit, Hang zur Bequemlichkeit oder dergl. sehen, sondern sich dies Verhalten aus dieser Verfügung des Konsistoriums zur Genüge erklären. Im übrigen legt das Konsistorium großen Wert darauf, daß die Pfarrer sonst mit derartigen Vereinen und überhaupt mit allen Volkskreisen möglichst Fühlung suchen und Beziehungen unterhalten.

J.-R. Hessen-Homburg Nr. 166. Gelegentlich der Fahnenweihe der Hanauer Vereinigung findet am 6. bis 8. Juni 1925 eine Wiedersehensfeier aller Regimentskameraden in Hanau a. M. statt. Alle Angehörigen der Friedens- und Kriegsformationen werden gebeten, teilzunehmen. Anmeldungen bis 15. April 1925 an die Vereinigung ehemaliger 166er Hanau a. M.

Ihr Mund wird entstellt durch häßlich verfärbte Zähne. Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Übel werd. sofort f. vollkommen unschädl. Weise beseitigt durch die bewährte Zahnpaste **Chlorodont**, wirksam unterstützt durch **Chlorodont**-Mundwasser. Überall zu haben.

Vom Müllerburschen zum berühmten Professor.

Der Nachfolger des großen deutschen Gelehrten Max F. Müller auf dem Lehrstuhl der vergleichenden Sprachwissenschaften in Oxford, Prof. Joseph Wright, hat jetzt sein 70. Lebensjahr vollendet, und aus diesem Anlaß erzählen englische Blätter den Lebensroman des großen Gelehrten, der bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870 als 15jähriger Bursche weder lesen noch schreiben konnte. Heute ist dieser Analphabet ein hervorragender Sprachforscher, der zahlreiche Sprachen, darunter Französisch, Griechisch, Lateinisch, Sanskrit, Deutsch, die altgermanischen und keltischen Sprachen usw. beherrscht. Er ist niemals in seinem Leben in der Schule gewesen und verbrachte seine Jugend in einer kleinen Hütte bei Thackley in der Nähe von Bradford, wo seine verwitwete Mutter sich mit ihren vier Söhnen sehr erbärmlich durchschlug. Mit sechs Jahren war der künftige Gelehrte der Kutscher eines Eselskarrens, der in den benachbarten Steinbrüchen verwendet wurde. Dann wurde er bei einem Müller in die Lehre gegeben, bei dem er bei einem Lohn von 3,50 Mk. die Woche bis zu seinem 15. Jahre blieb. Der deutsch-französische Krieg brachte eine Wendung in seinem Leben. „Ich erinnere mich noch," erzählt Wright, „wie aufgeregt die Leute damals waren und wie sie auf die Zeitungen stürzten, um die Neuigkeiten vom Kriegsschauplatz zu erfahren. Da ich mir alles nur erzählen lassen konnte, so beschloß ich, selbst lesen zu lernen, und ich brachte es mir selbst ohne jeden Lehrer bei." Der junge Müllerbursche zeigte so große Geistesgaben, daß man sich für ihn interessierte und ihm ein Stipendium zum Studium in Oxford verschaffte. Als er die dafür ausgesetzten 300 Mark das Jahr erhielt, fühlte er sich, wie er selbst sagt, „als der reichste Mann der Welt". Er hatte zunächst die größte Vorliebe für Mathematik, widmete sich aber dann immer mehr Sprachstudien, und seine Kenntnis des Dialektes von Thackley, den er in seiner Jugend gesprochen hatte, kam ihm bei seinen Forschungen zustatten. „Ich habe mich mit sehr vielen Sprachen beschäftigt," erklärt er bescheiden, „aber ich möchte nicht sagen, daß ich sie wirklich kenne. Die einzige Sprache, die ich von Grund auf beherrsche, ist mein Heimatdialekt." Das wichtigste Werk Wrights ist das „Wörterbuch der englischen Dialekt", an dem er zehn Jahre zusammen mit seiner Frau gearbeitet hat.

*

Umwandlung der Kohle in Oel.

Prof. Franz Fischer, der Direktor des Kaiser-Wilhelms-Instituts für Kohlenforschung in Mühlheim an der Ruhr, gibt jetzt sein als Beitrag zur Londoner Weltkraftkonferenz vorgelegtes Verfahren der Umwandlung von Kohle in Oele bekannt. Die praktische Bedeutung dieser Umwandlung ist ja für die einzelnen Länder verschieden, je nachdem diese arm oder reich an Erdöl sind. Von allgemeiner Bedeutung aber ist es, daß die Chemie schon jetzt die Möglichkeiten untersucht und vermehrt, die gestatten, feste Brennstoffe ganz oder zum Teil in flüssige zu verwandeln. Das destruktive Verfahren der trockenen Destillation, das zur Gewinnung von Leuchtgas und Hüttenkoks schon seit langem in Anwendung ist, lieferte die ersten klartigen Erzeugnisse aus Kohle, den bekannten Teer und aus dem Gase das Benzol. Dies Verfahren gestattete aber nur, gewisse Bestandteile der Kohle in Oele zu verwandeln. Dabei handelt es sich im wesentlichen um eine Zertrümmerung größerer Moleküle des Bitumens zu kleineren. Etwa 10 Prozent des Tieftemperatur-Teeres sind leichtsiedend und benzinartig, der größere Teil siedet über 200 Grad. Theoretisch ist es ferner möglich, die Kohle durch Hydrierung vollkommen in Kohlenwasserstoff umzuwandeln. Nach den bisherigen Beobachtungen ersieht aber nur zum Teil eine Verflüssigung, der Rest der Kohle wird lediglich löslich. Die Hydrierungserzeugnisse der Kohle sind im wesentlichen hochsiedend.

Eine weitere Möglichkeit der Umwandlung der Kohle in Oele bietet sich nun — und darin liegt das wesentlich Neue von Fischers Forschungen — durch die Synthese aus Gasen. Im Gegensatze zu den beiden anderen Verfahren werden hier aus kleineren Molekülen größere synthetisiert. Vergast man Kohle zu Wassergas, so läßt sich das Wassergas durch ein Hochdruck-Kontaktverfahren in synthetische Oele verwandeln. Das so gewonnene synthetische Oelgemisch, das Fischer und sein Mitarbeiter, Tropsch Synthol nannte, und dessen Bildungsweise und Eigenschaften sie genauer untersuchten, siedet fast vollständig unter 200 Grad Celsius und ist als Motorenbetriebsstoff an Stelle von Benzin oder Benzol verwendbar. Trotz geringeren Heizwertes ist anscheinend das Synthol dem Benzol noch überlegen, wie Fischer durch Fahrversuche festgestellt hat. Die noch verbesserungsbedürftigen, aber auch verbesserungsfähigen Ergebnisse sind für die Zukunft von besonderer Bedeutung, weil zur Herstellung des Wassergases die Kokse oder Halbkokse jedes beliebigen Brennstoffes Verwendung finden können und weil sich so die Syntholgewinnung unmittelbar an die Urteergewinnung anschließen läßt. Im Vergleich zum Oelverbrauch sind allerdings die nach dem neuen Verfahren, das Fischer in der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure entwickelt, erhaltenen Mengen so gering, daß man wohl für lange Zeit noch auf die Einfuhr von Erdölerzeugnissen angewiesen sein wird.

Wodurch Museen überfüllt sind.

Die meisten Museen der großen Städte leiden an Ueberfüllung, und gewaltige Massen wertvoller Gegenstände sind in den Magazinen verstaut, wo sie ein nutzloses Dasein führen und höchstens einmal von einem Fachgelehrten besichtigt werden. In den englischen Museen, die zu den ältesten ihrer Art gehören und in denen sich daher besonders riesige Massen aufgehäuft haben, ist die Ueberfüllung so groß, daß die Beamten ganz verzweifelt sind und sich mit Verwürfen an die Oeffentlichkeit wenden. Ein Direktor des Britischen Museums hat erklärt, daß die Leitung dieses Rieseninstitutes mit ihrem Witz am Ende sei und nicht mehr wisse, wo sie mit all den Sachen hin solle. Sämtliche Räumlichkeiten sind zum Platzen vollgestopft, auch die großen Lagerhäuser bieten keinen Raum mehr, und es nützt nichts, Neubauten zu beantragen, denn die würden sofort wieder überfüllt sein. Man begreift diese Verzweiflung, wenn man erfährt, daß das Britische Museum gesetzlich gezwungen ist, jede Ausgabe von Tausenden von Zeitungen und Zeitschriften, die in England im Jahre veröffentlicht werden, aufzubewahren. Der Umfang dieser Aufgabe ergibt sich allein aus der Tatsache, daß die englischen Zeitungen einen Raum von etwa 5 Klm. in Anspruch nehmen. Dazu kommen dann noch die zahllosen Bücher jeder Art, die aufgestapelt werden müssen. Die gewaltigen Magazine des Museums sind vollkommen vollgestopft mit Sammlungen von Kochbüchern, von alten Haushaltsrechnungen, von Kinderbüchern, Weihnachtskarten, alten Etiketten von Medizinflaschen usw., kurz, mit dem Schutt und Gerümpel von Jahrhunderten, und die Beamten, die unter dem Wust zu ersticken drohen, haben nicht die Berechtigung, auch nur das Geringste zu vernichten. „Wir beantragten kürzlich," klagte der Direktor, „daß wir nicht mehr gezwungen sein sollten, alle gleichgültigen Drucksachen, wie Glückwunschkarten oder Reklamen zu sammeln. Das ist uns auch zugebilligt worden. Aber das, was wir im Museum haben, müssen wir behalten. Es ist ja so überaus schwierig, zu sagen, was Wert hat und was keinen hat. Das Buch eines unbekannten Schriftstellers, das heute erscheint, kann in 40 Jahren sehr wertvoll sein, wenn der Verfasser berühmt wird. Unsere völkerkundliche Abteilung müßte eigentlich fünfmal so groß sein, wie sie gegenwärtig ist, aber wir haben keinen Raum für sie." Bisher war es dem Britischen Museum noch möglich, seinen überflüssigen Reichtum an die andern Museen abzustoßen, aber auch diese sind jetzt überfüllt und können nichts mehr annehmen.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0006

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Mordanschlag eines Schlossergesellen auf den Meister. Der 23jährige Schlosser Adolf Reinhardt war bis vor kurzer Zeit bei dem Schlossermeister Ratisch beschäftigt. Als er entlassen werden sollte, schrieb er aus Aerger über seine Entlassung anonyme Briefe an seinen Meister, in welchen er diesen dauernd beleidigte. Da Ratisch in Reinhardt den Briefschreiber vermutete, entkräftete er dessen Beschuldigungen vor seiner Innung und suchte ihn dann auf, um ihn zur Rede zu stellen. Reinhardt war hierüber so aufgebracht, daß er seine Pistole zog und auf Ratisch fünf Schüsse abfeuerte, die aber glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Reinhardt ergriff die Flucht, konnte aber durch Polizeibeamte eingeholt und verhaftet werden.

Großfeuer in einer Steindruckerei. Ein größeres Feuer beschäftigte in der Nacht zum Dienstag die Berliner Feuerwehr. Gegen 5 Uhr früh brach in dem Berliner Lithographischen Institut von Julius Moser Feuer aus, das rasch größeren Umfang annahm. Die Räume befinden sich im Erdgeschoß und ersten Stock des im Hof gelegenen massiven Hintergebäudes. Als das Feuer bemerkt wurde, hatte es schon großen Umfang angenommen und sich durch die Decke des Erdgeschosses nach dem ersten Stock durchgefressen. Beim Eintreffen der Feuerwehr standen alle Räume der Druckerei in hellen Flammen. Erst nach zweistündiger Tätigkeit gelang es, des Feuers Herr zu werden. Die Fabrikräume, die reichlich mit brennbarem Material angefüllt waren, sind völlig ausgebrannt, die sehr wertvollen Maschinen schwer beschädigt. Die Entstehungsursache des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Vom Funkturm abgestürzt. Bei der Montage des Funkturms am Bahnhof Witzleben in Berlin stürzte der 31jährige Monteur Max Giers aus großer Höhe ab. Während des Sturzes hielt er sich an einem Verspannungseil fest, fiel aber doch zur Erde. G. würde in das Krankenhaus Westend geschafft, wo der Arzt Kopf- und schwere innere Verletzungen feststellte.

Großer Wohnungseinbruch. Für 20 000 Mk. Beute machten Einbrecher am Sonntag abend in einem Hause am Holsteiner Ufer. Sie stahlen mehrere Dutzend Silbersachen, Bestecke und dergleichen, eine Perlenkette, einen Brillantring, eine Nadel mit 16 Brillanten und einer Perle, ein Opernglas, einen auffallend schönen Damenfealmantel, der allein 4000 Mark wert ist, einen Skunkspelz mit Mouffilon, einen Herrengehpelz im Werte von 2000 Mk., mehrere Kostüme und 3 Koffer.

Der „Minenbesitzer" aus Australien.

Ein Darlehnsschwindler, der viele Mittelstandsleute betrog, wurde von der Kriminalpolizei entlarvt und festgenommen. Darlehnssucher, die inseriert hatten, erhielten Zuschriften von einem Manne namens A. Kuck, der sich für einen Minenbesitzer aus Australien, oder auch aus Brasilien oder Chile ausgab. Er erzählte ihnen, daß er zwar selbst auch viel Geld besitze, hauptsächlich aber als Vertreter einer holländischen Bank deren Geld in Deutschland zinsbar anzulegen suche. Als Bankvertreter fand er so mehr Vertrauen bei den arglosen Leuten. Sie unterschrieben vertrauensvoll seine Scheine und zahlten ihm die verlangten Vermittlungsgebühren, Vorschüsse für Auskünfte und dergleichen mehr. Er wurde verhaftet und als ein mittelloser 46 Jahre alter A. Kuck festgestellt, der früher Maler, dann Schankwirt, hierauf Kaufmann und endlich gar nichts mehr war.

Eine diebische Krankenschwester. Achtmal war die Krankenschwester Frida Berndt bereits wegen Diebstahls vorbestraft, als sie sich wiederum wegen mehrerer recht schwerer Fälle vor dem Strafrichter zu verantworten hatte. Ihre Diebesfahrten hatte sie meist in Verbindung mit ihrer Tätigkeit als Krankenschwester verübt. Es war ihr regelmäßiger Trick, Patienten, die sie in Privatkliniken verpflegt hatte, nach ihrer Wiederherstellung mit einem teilnahmsvollen Besuch zu beehren und dann das ihr geschenkte Vertrauen schnöde zu mißbrauchen, indem sie wie eine Elster stahl. Das Schöffengericht Mitte hatte die Angeklagte zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

*

Magdeburg. Einen Selbstmordversuch auf offener Straße hat Montag ein junger Mann am Bahnübergang an der Leipziger Straße unternommen. Spät abends näherte sich ein junges Paar der geschlossenen Schranke und blieb in erregtem Wortwechsel davor stehen. Mit einem Male riß sich der junge Mann gewaltsam von dem Mädchen los, sprang über die Schranke und stürzte dem in der Ferne bereits sichtbaren Zuge entgegen. Einige gellende Hilferufe des jungen Mädchens und Schreie anderer Passanten, die den Vorfall beobachteten, ertönten, und zwei Bahnbeamte liefen dem Manne nach, der zweifellos in selbstmörderischer Absicht dem Zuge entgegeneilte. Im letzten Augenblick gelang es dann auch, ihn einzuholen, zurückzureißen und von den Gleisen fort in Sicherheit zu bringen. Der Lebensmüde wurde von Schupobeamten in Schutzhaft genommen.

Barby. Ertrunken ist bei Dornburg der Bootsmann Schmidt aus Nienburg a. d. S., der anscheinend, von einem Drahtseil getroffen, vom Kahn stürzte und in den Fluten verschwand. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Leipzig. Wegen schweren Straßenraubes hatte sich die 24 Jahre alte Elsa Reich aus Berlin-Pankow vor dem Schöffengericht in Leipzig zu verantworten. Im Oktober des vergangenen Jahres überfiel die Angeklagte einen 69 Jahre alten Mann in den Anlagen des Johannisparkes, würgte ihn am Halse und raubte ihm die Brieftasche. Sie war erst kurz vorher aus Berlin, wo sie wegen ähnlicher Delikte wiederholt vorbestraft ist, nach Leipzig gekommen. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu zwei Jahren Gefängnis.

Leipzig. Wie unsere Jugend „rot" erzogen wird, hat ein Leipziger Unternehmer erfahren müssen. Bei dem Engagement eines Lehrlings legte ihm dieser ein Schulheft vor, welches deutsche Aufsätze enthielt, die der Lehrer diktiert hat. Unter anderen fand er einen Aufsatz über die Wahlen, der den Wahltag und die Vorgänge beschrieb und zuletzt in den Worten ausklang: „und nach ein paar Tagen konnte festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie als einziger Sieger aus der Wahlschlacht hervorgegangen ist". Wenn das unter dem alten Regime vorgekommen wäre, wie hätte da die „damalige" Sozialdemokratie Zeter und Mordio geschrieen: aber heute darf sich ja der Lehrerverein mit seinem Anhang allerhand derartiges leisten.

Braunschweig. Bei einem Einbruchsdiebstahl in ein Goldwarengeschäft in der Nacht zum Sonntag wurden von bisher unbekannten Tätern über 160 goldene, silberne und andere Herren- und Damenuhren sowie eine größere Anzahl andere Gold- und Silbersachen gestohlen. Die Täter haben sich vermutlich einschließen lassen, haben das Kellergewölbe durchbrochen und sind so in den Laden gelangt.

Potsdam. Einen tragischen Abschluß hat hier eine Tauffeierlichkeit gefunden. Der Schütze Friedrich Fentz von der Reichswehr nahm an der Feier bei Verwandten teil. Als er sich gegen 11½ Uhr nachts verabschiedete, zog er gleichzeitig mit seinen Handschuhen einen Revolver aus der Tasche. In demselben Augenblick löste sich ein Schuß, die Kugel drang F. in die Stirn und trat aus der Schädeldecke wieder heraus. Man schaffte den Verunglückten schleunigst nach dem Virchowkrankenhaus, wo aber nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte. Es liegt lediglich ein Unglücksfall vor.

Striegau. Infolge Brandstiftung brach auf dem Dominium Bertholdsdorf nachts gegen ½12 Uhr ein großer Brand aus. Eine 50 Meter lange Scheune mit 500 Zentner Stroh, 180 Zentner Kunstdünger sowie ein Holzschuppen mit 150 000 Gebund Holz und vielem Nutzholz standen bei dem großen Sturm in Flammen. Es bestand Wassermangel; trotzdem konnte das sehr bedrohte 12-Familienhaus von Gutsarbeitern, das Inspektorwohnhaus, ferner noch eine große Stallung und eine mit ungedroschenem Hafer gefüllte Scheune erhalten werden. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

Koblenz. Das Bootshaus des Schüler-Rudervereins am Augusta-Gymnasium, das auf der Nordspitze der Rheininsel Oberwerth stand, ist Ende voriger Woche in wenigen Minuten ein Raub der Flammen geworden. Vor anderthalb Jahren wurde es von der französischen Besatzung beschlagnahmt und in den Bereich des Pionierübungsplatzes einbezogen.

Stettin. Freiwillig in den Tod gegangen ist in dem Orte Selberg bei Pollnow der Besitzersohn Wilhelm Reinke. Er hat sich aus Reue über ein von ihm verübtes Verbrechen erschossen. Man fand nämlich kurze Zeit darauf die seit zwei Tagen vermißte Eigentümerstochter Ida Kleyke im Teufelssee als Leiche auf. Die Leiche wies zwei Verletzungen am Hinterkopf auf. Es wird angenommen, daß Reinke die Kleyke, mit der er Beziehungen unterhalten hatte, erschlagen und sich dann zwei Tage später selbst gerichtet hat.

Stettin. Mit einem Stein erschlagen worden ist auf der Chaussee zwischen Finkenwalde und Podejuch der 18jährige Arbeiter Eickstädt aus Podejuch. Als mutmaßliche Täter wurden zwei Gärtnergehilfen aus Finkenwalde verhaftet.

Breslau. Mehrere Frauenopfer des Münsterberger Mörders scheinen nach neuerlichen Feststellungen als erwiesen zu gelten. Unter anderen rechnet aller Wahrscheinlichkeit nach eine Frau zu den Opfern, die vor 15 Jahren in Münsterberg verschwand. Seinerzeit wurde auf freiem Felde ein Leichenteil aufgefunden. Dieses Feld nahe am Bahnhof gehörte damals, wie sich jetzt herausstellt, dem Mörder. In dieser Angelegenheit hat ein Mann namens Trautmann bereits 1½ Jahre zhni Zuchthaus verbüßt. Bei seiner vor einiger Zeit erfolgten Entlassung beteuerte er wieder, wie in den langen Jahren seiner Haft, seine völlige Unschuld. Die Münsterberger Bevölkerung ist durch eine weitere entsetzliche Entdeckung neuerdings in Unruhe geraten. Denke hat bekanntlich in seiner Wohnung in seinen Mußestunden Brotkörbe gepflochten. Zwei dieser Körbe hat er an ortskundige Bäcker verkauft. Die Körbe mußten nunmehr behördlicherseits vernichtet werden, weil die Ruten mit Riemen verknüpft waren, die aus Menschenhaut geschnitten waren.

Aus aller Welt.

— **Der Raub des Cillier Deutschen Hauses.** Der Laibacher demokratisch-slowenische „Jutro" enthält interessante Einzelheiten zum Raub des Deutschen Hauses in Cilli das durch ein Gerichtsurteil vor kurzem einem slowenischen Verein für den Preis von 900 Goldmark „zugesprochen" wurde. Danach hatte die der jetzigen Wahlkampfregierung Paschitsch vorhergehende Belgrader Regierung Davidovitsch bereits erkannt, daß das Deutsche Haus in Cilli den Deutschen gehöre und die Wegnahme widerrechtlich erfolgt sei. Paschitsch Anhänger hätten entsprechenden Regierungsmaßnahmen bis zum Fall des Kabinetts Davidovitsch zurückgehalten und damit der Raub „Glücklich ermöglicht". Diese zweite Enthüllung beweist besser als vieles andere die unerträglich rechtlose Lage der Deutschen in Südslawien, als deren Folge auch das brutale Attentat auf Dr. Kraft anzusehen ist.

— **Selbstmordepidemie in Wien.** Die Leitung der Wiener freiwilligen Rettungsstelle teilt mit, daß sie im Januar nach 43jähriger Tätigkeit am meisten eingreifen mußte, darunter allein in 149 Fällen von Selbstmorden und Selbmordversuchen. Hieraus ergibt sich, daß in ganz ungeheurer Anzahl die Selbstmorde in Wien gewachsen sind.

— **Baronin Vecsera †.** In Baden bei Wien starb Dienstag nachmittag im Alter von 78 Jahren Marie von Vecsera, die Mutter der Baronesse Vecsera, deren Name mit der Tragödie von Meyerling, bei der sie und Kronprinz Rudolf von Oesterreich ihr Leben endeten, im bekannten Zusammenhang steht. Sie reichte ein Memorandum an den Kaiser Franz Josef ein, in welchem sie sich von dem gegen sie in der Umgebung des Kronprinzen, wie auch in der Wiener Gesellschaft erhobenen Vorwürfen, sie habe den Verkehr ihrer Tochter mit dem Kronprinzen begünstigt, zu reinigen versuchte. Sie erhielt später von Kaiser Franz Josef eine Gnadengabe, die ihr ein sorgenfreies Dasein sicherte. Baronin Vecsera, die sich bald nach der Tragödie von Meyerling auf ein kleines Gut zurückzog, daß sie in der Nähe von Payerbach erworben hatte, lebte in den letzten Jahren in sehr bescheidenen Verhältnissen.

— **Kulissenbrand während der Vorstellung.** Während einer Aufführung im Wiener Akademie-Theater geriet ein künstliches Weinlaubblatt in Brand. Der Brandgeruch rief im Publikum große Erregung hervor. Dem eingreifenden Löschmeister, der plötzlich in seiner Feuerwehruniform in der Szene auf der Bühne erschien, gelang es, den Brand zu löschen und das Publikum zu beruhigen. Die Vorstellung wurde nach einiger Zeit fortgesetzt.

— **Wieder neue Erdstöße in Ungarn.** In Erlau wurden neuerdings drei starke Erdstöße verspürt. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Viele andere sind schwer beschädigt.

— **Wertvolle historische Funde bei Wilna.** Bei den Ausgrabungen in der Nähe von Wilna wurde ein eiserner Sarg gefunden, der neben einem Skelett zahlreiche Münzen und goldene Schmuckgegenstände, darunter eine kostbare goldene, mit Edelsteinen reichverzierte Krone enthielt. Aus den Aufschriften des Sarges geht hervor, daß darin ein litauischer Magnat bestattet wurde, während die Königskrone die erbliche Krone der alten litauischen Könige sein soll.

— **Zahlreiche Menschen erfroren.** Aus Transkaukasien wird gemeldet, daß dort seit Anfang Januar eine Kälte von 37—40 Grad herrscht. Zahlreiche Menschen und Tiere sind erfroren. Im ganzen Kaukasus liegt Schnee in außerordentlicher Höhe. Wölfe und Schakale kommen sogar bis in die Umgebung von Baku und fressen Leichen erfrorener Menschen und Tiere auf. Eine derart niedrige Temperatur ist im Kaukasus seit mehr als 100 Jahren nicht vorgekommen.

— **Influenza-Epidemie in England.** Großbritannien wird von einer leichten Influenza heimgesucht, die fast die Form einer Epidemie angenommen hat. Das ganze Land ist in Mitleidenschaft gezogen. Seltsamerweise tritt in der Mehrzahl der Fälle kein Fieber auf. Verschiedene medizinische Autoritäten halten diese Krankheitserscheinung für eine ungefährliche Form der berüchtigten Grippe. Im allgemeinen wird jedoch diese Influenza dem kalten und nassen Sommer und dem zwischen Nebeln und Kälte wechselnden Winter zur Last gelegt.

— **Hungersnot in Irland.** Die Hungersnot in Westirland nimmt einen ständig größer werdenden Umfang an. Der Torf verrottet in den Mooren, und Hunderte von Viehzüchtern sind durch den Verlust ihrer Herden ruiniert. Dieses ist seit dem berüchtigten „schwarzen Jahr 1874" die schlimmste Hungersnot, die Irland je durchgemacht hat.

— **Das Rathaus von Melbourne niedergebrannt.** Nach einer Meldung aus Melbourne ist das dortige Rathaus durch Feuer zerstört worden. Der Schaden beläuft sich auf 100 000 Pfund Sterling. Der Brand ist durch Kurzschluß entstanden. Unter anderem ist eine Orgel mitverbrannt, die als eine der größten und schönsten der ganzen Welt galt.

— **Brand eines Gasbrunnens.** In Baku ist der größte Gasbrunnen in Brand geraten. Die Flammen stiegen 50 Meter hoch. Durch die Gase sind 27 Menschen vergiftet worden. Der Gefahr einer Verbreitung des Brandes auf andere Betriebe ist vorgebeugt.

— **Der Gasteiner Wasserfall verschwunden.** Infolge der bereits über 100 Tage dauernden regenlosen Zeit ist der berühmte große Gasteiner Wasserfall völlig verschwunden. Man kann das Felsengerinne leicht durchqueren. Im oberen Teile des Wasserfallbeckens sind mehrere kleinere Thermalquellen zum Vorschein gekommen.

— **Anschlag auf einen Schnellzug.** Auf den Schnellzug von Reval nach Riga wurde bei Seiwold ein Attentatsversuch verübt. Zwei starke Eisenbahnschwellen, die noch mit besonderen Befestigungen versehen waren, wurden auf die Schienen gelegt, die der Schnellzug passieren mußte. Ein Eisenbahnbeamter entdeckte jedoch kurz vor dem Herannahen des Schnellzuges den Anschlag, so daß das Hindernis noch rechtzeitig beseitigt werden konnte.

— **Das trockene Amerika.** Das Justizamt gab bekannt, im Laufe des letzten Jahres seien durch Regierungsbeamte 332 ausländische Dampfer festgestellt worden, die Schnapsschmuggel betrieben. 307 dieser Dampfer fuhren unter britischer Flagge.

Bunte Zeitung.

Die Zahl der Selbstmorde hat bekanntlich in den letzten Jahren, besonders seit 1913, zugenommen, noch mehr die Zahl der Selbstmordversuche. Bevorzugt wird in den Großstädten das Gas. Durchschnittlich kommen in Deutschland jährlich 20—23 Selbstmorde auf 100 000 Seelen, d. h. etwa 13 000 Personen enden jährlich in Deutschland durch Selbstmord. Berlin steht von den deutschen Städten mit obenan, wird aber von Görlitz und einigen andern Städten noch übertroffen, während Wiesbaden, Dresden und Dessau sowie andere an letzter Stelle stehen. Die Annahme, daß der Brotpreis auf diese Selbstmordepidemie als Ursache von Einfluß ist, erscheint hinfällig, wenn man hört, daß z. B. in dem beträchtlichen Kohlrübenjahr die Zahl der Selbstmorde abnahm. Bemerkenswert ist ferner, daß die meisten Selbstmorde Montags, dann Dienstags und Mittwochs vorkommen, die wenigsten am Sonnabend und Sonntag. In den meisten Fällen dürfte wirtschaftliche Not nicht die alleinige Not der Selbstmorde sein.

Am tiefsten und höchsten. Bis vor kurzem galt als tiefste im Meere gelotete Stelle ein Punkt im Stillen Ozean nicht weit von den Mariannen. Hier hatte man eine Tiefe von 9635,95 Metern gemessen. Nun hat vor kurzem das japanische Vermessungsschiff „Mandschu" im Südosten von Tokio eine Stelle mit der noch größeren Tiefe von 9947,45 Metern gefunden.

Den Höhenrekord auf der anderen Seite hält der französische Flieger Callizo, der eine Höhe von 12 064 Metern erreichte: hier herrschte eine Temperatur von 55 Grad Celsius unter Null.

Wer es sich leisten kann! Ein „Haus auf Rädern" besitzt der Amerikaner Reginald Denny. So hat er seinen Sommeraufenthalt ganz nach Belieben bald hier in einer schönen Gegend, bald dort. Das „fahrbare Haus" gleicht einem Riesenomnibus. Das Dach ist zur Hälfte Speise-, zur Hälfte Tanzsaal und durch ein besonderes Dach noch gegen Regen und zu starke Besonnung geschützt. Zu jeder „Ausfahrt" werden zahlreiche Gäste geladen. Dieses fahrbare Haus Reginald Dennys hat 80 000 Dollar gekostet!

Aus dem Gerichtssaal.

Merseburg, 5. Februar.

Die bereits mehrfach vorbestrafte Ehefrau Frieda K. von hier, z. Zt. in Untersuchungshaft, stand unter der Anklage, 1. am 8. Juli 1923 der Ehefrau Johanna M. von hier einen weißen Bettbezug gestohlen zu haben, 2. zusammen mit der steckbrieflich verfolgten Martha B. dem Buchbinder B. am 10. September 1923 5000 Mk. weggenommen zu haben. Das Gericht stellte den ersten Punkt der Anklage als erwiesen fest und verurteilte die K. zu 6 Monaten Gefängnis. Bezüglich des zweiten Punktes der Anklage erfolgte Freisprechung.

Der Arbeiter Paul G., seine Ehefrau Margarete G., der Arbeiter Karl T. und dessen Ehefrau Berta, sämtlich aus Köthschen, waren angeklagt, weil sie im Jahre 1924 Kohlen an sich gebracht hatten, von denen sie wußten, daß sie nicht auf rechtmäßige Weise erworben waren. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Ehemänner selbst die von den Waggons aus das Eisenbahngleis gefallenen Kohlen der Grube Benna aufgelesen hatten. Da sie aber aus Not gehandelt hatten — sie waren arbeitslos und hatten zahlreiche Familie zu ernähren — und weil es sich nur um eine geringe Menge Kohlen handelte, wurde Mundraub angenommen und das Verfahren eingestellt.

Der Klempner F. aus Wallhausen hatte sich wegen vorsätzlicher körperlicher Mißhandlung zu verantworten. Er hatte am 17. Juli 1924 in Merseburg während der Mittagspause in der Fabrik den Arbeiter Ehrhardt B. mit einem Messer am Unterschenkel verletzt. Der Angeklagte wurde zu 25 Mk. bzw. 5 Tagen Haft verurteilt.

Es erhoben ferner Einspruch gegen Strafverfügungen: 1. Klärs C. aus Halle a.S., der zur Last gelegt wurde, in Merseburg am 14. September 1924 ohne Führerschein ein Kraftfahrzeug gefahren zu haben. Die Angeklagte erklärte, daß sie Fahrschülerin gewesen sei und sich auf die Versicherungen des neben ihr sitzenden Fahrlehrers K. aus Halle, er sei Fahrlehrer, verlassen habe. Es erfolgte Freisprechung. 2. Der Landwirt Hermann Sch. und seine Ehefrau aus Knapendorf. Sie waren beschuldigt worden, am 30. September 1924 dem Landwirt Bernhard Sch. in Knapendorf Kartoffeln und Rüben gestohlen zu haben. Auf Grund der Beweisaufnahme kam es zur Freisprechung beider Angeklagten.

3. Der Angeklagte Sch. aus Berlin, der am 16. Juli 1924 in Merseburg ein nicht zugelassenes Kraftfahrzeug gefahren hatte. Die Polizeistrafe in Höhe von 150 Mk. wurde bestätigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0007

3. Der Ingenieur Werner G. aus Bautzen. Ihm wurde zur Last gelegt, am 23. September 1924 die Weißenfelser Straße hier in einem Kraftfahrzeug mit stark wirkendem Scheinwerfer befahren zu haben. Die Polizeistrafe über 20 Mk. wurde bestätigt.

5. Der Kaufmann Hans E. von hier. Er hatte am 24. November 1924 nachts seinen Kraftwagen vor einem Grundstück in der Leunaer Straße, ohne das vordere und hintere Kennzeichen erleuchtet zu haben, stehen lassen. Das Gericht erhöhte die Strafe von 5 Mk. auf 10 Mk. bzw. 2 Tage Haft.

6. Der Schuhmacher Otto R. Er wurde beschuldigt, daß er einige Paar Schuhe an sich genommen hatte, ohne die mit dem Händler getroffenen Abmachungen zu erfüllen. Nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er in einem Gesuch um Ratenzahlung einkommen könnte, nahm er seinen Einspruch zurück.

7. Die Ehefrau Emma F. aus Körbisdorf. Sie war zur Anzeige gebracht worden, weil sie am 14. November 1924 fremde Felder betreten hatte, versuchte Rüben zu stehlen bzw. Mieten abdeckte. Sie wurde wegen versuchten Diebstahls an Stelle einer Gefängnisstrafe von 1 Tag zu 3 Mk. verurteilt.

8. Der Arbeiter Gustav U., der Arbeiter F. und der Maurer Karl Sch. aus Ammendorf. Sie standen unter der Anklage, am 15. Juli 1924 den Flurschützen Hermann A. in Schkopau durch Bedrohung bzw. Widerstand an der Ausübung seines Amtes gehindert zu haben. Die Beweisaufnahme konnte die Merkmale des Widerstandes oder der Bedrohung nicht feststellen. Es erfolgte daher Freisprechung.

Turnen, Spiel und Sport. X

Schiedsrichterwesen im Saalegau.

Vor einiger Zeit hat sich in unserem Verbandsgebiet eine neue Behörde gebildet, nämlich der Verbandsschiedsrichterausschuß. Seine vornehmste Aufgabe sieht er in der Besserung des Schiedsrichterwesens. Inwieweit ihm dies gelingen wird, möchten wir der Zukunft überlassen. Wie er sich nun seine Arbeitsweise gedacht hat, darüber gibt uns sein Programm, was wir in der Mitteldeutschen Sportzeitung Nr. 53/24 und 1/25 aufgezeichnet finden, Aufschluß. Den Vereinen wird es zur Pflicht gemacht, sich eingehend mit diesen Richtlinien zu befassen.

Die Arbeiten, die im Gaugebiet zu erledigen sind, hat der Verbandsschiedsrichterausschuß dem Gauschiedsrichterausschuß übertragen. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, auf einige §§ der Richtlinien besonders hinzuweisen.

In § 8 heißt es: „Die Anforderungen eines Schiedsrichters aus einem neutralen Gau, welche spätestens vierzehn Tage vor dem betreffenden Spiel zu geschehen hat, haben die Vereine an ihren Gauschiedsrichterausschuß zu richten. Die Anforderung eines solchen aus einem anderen Landesverband oder anderem Land ist an den Verbandsschiedsrichterausschuß zu richten". Die Anforderung eines neutralen Schiedsrichters wurde früher beim Gauvorstand beantragt. Wir weisen heute ausdrücklichst darauf hin, daß dies in Zukunft nur beim Gauschiedsrichterausschuß zu erfolgen hat. Es bietet sich jeden Montag abends von ½8—9 Uhr in „Mars la Tour" zur Sitzung des Schiedsrichterausschusses Gelegenheit, den Antrag zu stellen, wenn es an diesem Tage nicht möglich sein sollte, dann ist der Antrag an Herrn Waldemar Böttger, Yorkstraße 66 in Halle, Telephon Nr. 8231 zu richten.

Fernerhin kommt noch eine Neuerung hinzu. § 8, Abs. 2 lautet:

„Die Anforderung eines Schiedsrichters zu Gesellschaftsspielen, an welchen Mannschaften der 1. oder 1b-Klasse teilnehmen, haben an den Gauschiedsrichterausschuß des bauenden Vereins spätestens 8 Tage vor dem betreffenden Spiel zu erfolgen". Früher wurde dies anders gehandhabt. Der Vereinsvertreter des bauenden Vereins setzte sich mit einem Schiedsrichter in Verbindung und bat um die Leitung des Spieles. Die Folge davon war, daß nur immer die besten Schiedsrichter zu Spielen herangezogen wurden und den weniger befähigten bot sich nie Gelegenheit zur weiteren Ausbildung. Die Vereine werden deshalb angehalten, die Anforderung eines Schiedsrichters zu Gesellschaftsspielen beim Gauschiedsrichterausschuß zu stellen. Wer dies unterläßt, wird bestraft. Auf der anderen Seite aber wird auch gegen jeden Schiedsrichter rücksichtslos vorgegangen, wenn er sich gegen diese Bestimmung vergeht.

Weiterhin soll der Gauschiedsrichterausschuß aller 8 Wochen Schiedsrichtertagungen stattfinden lassen. Jeder bestätigte Schiedsrichter muß mit Interesse an der Gesundung des Schiedsrichterwesens arbeiten, dazu wird ihm in den Schiedsrichtertagungen Gelegenheit gegeben. Die 1. Tagung findet am Donnerstag, den 12. Februar 1925, pünktlich ½8 Uhr abends im „Mars la Tour", Zimmer 3 statt. Die Vereine werden aufgefordert, sämtliche bestätigte Schiedsrichter davon in Kenntnis zu setzen. Wer aber trotzdem nicht zu den Tagungen erscheint, zeigt kein Interesse an unserer Bewegung und gehört nicht in unsere Reihen.

Wir hoffen aber, daß sich alle bestätigten Schiedsrichter im „Mars la Tour" einfinden.

Leipziger Regattatermine.

Gestützt auf die guten Regattaergebnisse des Vorjahres haben die Leipziger Wassersportler ihr diesjähriges Regattaprogramm um ein erhebliches vergrößert. Die schöne Leipziger Rennstrecke wird daher auch Regatten in sämtlichen Wassersportorten erleben. Der Leipziger Regattaverein hat für 1925 bis jetzt folgende Regattatermine festgelegt:

10. Mai: Segel-Regatta; 4. und 5. Juli: die große Leipziger Regatta; 13. September: Herbst-Ruder-Regatta; 20. September: Jugendruder-Regatta; dazu kommen noch verschiedene Kanu-Regatten, deren Termine noch nicht endgültig feststehen, und die vom Deutschen Renn- und Wanderruder-Verband abzuhaltende Regatta, vielleicht sogar dessen Meisterschaft.

Handel und Verkehr.

Der Geld- und Kapitalmarkt.

Der Geldmarkt, soweit unter ihm Börsengeld verstanden wird, ist außerordentlich flüssig und finanziell gut ausgestattet, während Kapital für langfristige Zwecke nach wie vor kaum erhältlich ist. Diese schon seit einiger Zeit zu beobachtende Erscheinung erklärt sich zum guten Teil daraus, daß bei den öffentlichen Stellen (Reich, Ländern und Kommunen) zur Zeit außerordentlich große Mittel vorhanden sind, die für kurze Zeit Anlage suchen; auch die Zunahme der Auslandskredite, die nicht immer sofort für längere Zeit untergebracht werden können, wirkt hier mit. Andererseits erklärt sich die Tatsache, daß für langfristige Zwecke Geld kaum erhältlich ist, zum größten Teil daraus, daß bei den Banken in der Regel nur Gelder gegen täglichen Abruf eingezahlt werden, da jeder Mann auf längere Frist Gelder nur höchst ungern anlegt, um sich nicht zu sehr festzulegen. Auch die Befürchtung einer neuen Geldentwertung spielt anscheinend immer noch eine Rolle. Auf Grund dieser Verhältnisse hat der Zinssatz für tägliches Geld eine wesentliche Ermäßigung erfahren; dagegen müssen längere Kredite nach wie vor noch ziemlich hoch (durchschnittlich mit 15—18 Prozent einschließlich aller Provisionen) verzinst werden. Interessant ist, daß von den Banken das Geld, das bei ihnen eingezahlt wird, zu einem rund dreifach höheren Satz weiter verliehen wird; der Zinsunterschied zwischen den eingezahlten und den verliehenen Geldern ist zur Zeit mehr als doppelt so hoch als in der Vorkriegszeit. Zwar darf nicht verkannt werden, daß die Banken für die bei ihnen eingezahlten Gelder nicht immer nutzbringende Verwendungsmöglichkeiten haben und daß wegen der ungeklärten wirtschaftlichen Lage auch noch ein gewisser Risikozuschlag einkalkuliert werden muß; andererseits scheint es aber auch so, als ob die nicht rationell genug durchgeführte Umorganisation der Bankbetriebe noch zu hohe Unkosten verschlingt, ganz abgesehen von den tatsächlichen Gewinnen, die aus den hohen Zinssätzen erzielt werden. Es ist damit zu rechnen, daß die zunehmende Konkurrenz des Auslandskapitals in Verbindung mit derjenigen der Sparkassen und Genossenschaften auf Abbau der Zinsen drücken werden.

Der Notenumlauf ist in der letzten Zeit nicht unerheblich gestiegen. Bei Jahresschluß 1924 betrug er 4,3 Milliarden Mark; jetzt beläuft er sich auf etwa 4 Milliarden Mark; im Frieden hatten wir einen Durchschnittsumlauf von 4,5 Milliarden Mark, so daß der jetzige Umlauf verglichen mit dem Leerlauf großer Teile der Wirtschaft und mit den eingetretenen Gebietsverlusten reichlich hoch erscheint. Größtenteils ist er verursacht durch die Auslandsanleihen an die deutsche Wirtschaft, deren Gesamtbetrag auf mindestens 500 Goldmillionen veranschlagt werden kann. Da die Auslandsanleihen zum größten Teil in Devisen gegeben werden, die im Inland in Mark umgewandelt werden müssen, ergibt sich ganz von selbst eine entsprechende zwangsläufige vom Umfang der gewährten Anleihen abhängige Vermehrung des Notenumlaufes. Die Auslandsanleihen stellen also eigentlich keine Zusatzkredite dar, sie sind vielmehr im gewissen Sinne nichts anderes als ein teilweiser Ersatz für die bisherigen Reichsbankkredite. Diese Entwicklung ist nicht ganz unbedenklich. Sie wird auch dadurch gesteigert, daß die Auslandsanleihen zum großen Teil zur Einfuhr ausländischer Waren verbraucht werden.

*

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 5. Febr. Auf die aus Nordamerika gemeldete Befestigung war auch hier die Haltung des Warenmarktes fest, das Geschäft jedoch keineswegs lebhaft. Für Hafer lauteten die Forderungen etwas höher, die Nachfrage war aber nicht besonders stark. Auch Gerste konnte etwas anziehen, hatte jedoch ruhiges Geschäft. Mais fand, da zu teuer, kaum Beachtung. Oelkuchen und Melasse wurden mehr gekauft, Kleie blieb knapp und gefragt. Für Futterhülsenfrüchte fanden sich gleichfalls mehr Abnehmer. Weizen blieb vernachlässigt. Guten, bald fälligen Roggen kauften die Mühlen, aber vorsichtig. Mehl still. Im handelsrechtlichen Lieferungsverkehr war die Notierung ebenfalls fest, doch zeigte sich nur für Weizen größeres Interesse.

Leipziger Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: 130 Rinder, (31 Ochsen, 32 Bullen, 13 Kalben, 54 Kühe), 614 Kälber, 161 Schafe, 1404 Schweine, zusammen 2309. Außerdem von Fleischern direkt zugeführt: 2 Rinder, 59 Kälber, 31 Schafe, 62 Schweine. — Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen a) —, b) 33 bis 47, c) 26—37, d) —; Bullen a) 47—50, b) 42—46, c) 30—41, d) —; Kalben und Kühe a) —, b) —, c) 38—45, d) 27—37, e) 18—26; Kälber a) —, b) 65—68, c) 58—64, d) 40—57; Schafe a) —, b) 33—41, c) 20—30; Schweine a) 67—68, b) 67—68, c) 62—66, d) 58—61, e) 58—61. Geschäftsgang: Rinder, Schafe und Schweine langsam; Kälber gut; Ueberstand: 4 Rinder (davon 1 Ochse, 2 Bullen, 1 Kuh) sowie 30 Schweine.

Effektenkurse

(mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg)

Berliner Börse vom 5. Februar 1925.*)

Anleihen		**Brauereien**		Lahmeyer & Co.	14,—
Dollar Schätze	89 9	Engelhardt-Brauer.	40,25	Leopoldgrube (140)	13 7/8
kl. Goldanleihe	100,—	Schulth. Patzenhof	36,25	Linde Eismasch.	11,25
gr. "	94,75	Leipzig Riebeck	20,50	Füneb. Wachs. (100)	136,—
4 % Dt. Reichsanl.	0 8			Magdeburger Gas	6,3
5 % dto.	1,05	**Industrie-Aktien**		" Bergw.-Ges.	136 7/8
4½ % dto.	1,08			Mansfelder Bergw.	5,4
3 % dto.	1,52	Aachener Spinnerei	0,425	Marienh. Kotzenau	9,—
4 % Preuß. Consols	1,22	Accumulatoren	67,50	Masch. Baum	28,5
3½ % dto.	1,295	Agfa	27.4	" Buckau	12,1
3 % dto.	1 22	Allg Berl.Omnibus	19,—	Mix u Genest (100)	90,5
Sächs. land. Pfdbr.	—	A. E. G.	12,75	Neckars. Fahrzeug	9.10
Meining. Hyp. 1/17	6,76	Ammendorf. Papier	7.5	Niederschl Elektriz	12,75
Pfz. Bodkrd. 3—29	6.6	Anhalter Kohlen	33,25	Oberschl Eisen.Bed.	14,—
Oestr. Gold 10./19	—	Aschaffenburg Pap.	34 1/8	Orenstein & Koppel	21,75
Ungar Gold 7/19	9,70	Bad. Anilin (12)	32 7/8	Ostwerke	35,80
Ungar. Kr. R. /19	1,50	Baroper Walzwerke	36,5	Panzer	14,—
% Neckar A. G. 21	66,1	Bedburger Wolle	10 3/8	Phönix Bergbau	68,40
Rhein Main Donau	67,90	Bochum Guß	97 5/8	" Braunkohle	46,75
Schl. Holst. El v. 21	—	Busch opt Industr.	7.1	Reichelt Metall	9 90
4½ % A E G. 9	1,89	Charlottenb. Wasser	38,7	Rhein Westf. El.W.	55 5/8
Bad. Anilin v. 19	5.40	Chem. Heyden	4,1	Gebr Ritter	23.5
Höchster Farben 19	3,30	Chem Ind Gelsenk.	120,5	Rombach Hütte	33 7
		Dessauer Gas	46,20	Rositzer Zucker	47,9
Aktien		Dtsch. Erdöl	68 3/8	Rütgerswerke	19 5/8
		Dynamit Nobel	14,1	Sächs Webstühle	18,40
Schiffahrts-Aktien		Eil u urgel Cattun	27,	Sarrotti Chok. (20)	2,20
		Elberfelder Farben	27,50	Schieß Masch. (600)	56,75
Hamburg Amerika	30 5	Eschweiler Bergw.	149.5	Schuckert & Co.	75 3/8
Hansa Dampf.	13 75	Fahlberg List	5.7	Schulz jun. (200)	136,—
Nordd. Lloyd Akt.	3,8	Fraustädter Zucker	17 —	Siegen-Solinger	2 7/8
Verein. Elbeschiff.	3,4	Gelsenk Bergwerk	97,25	Simonius Zellulose	10,75
		Genthiner Zucker	3,2	Steingut Colditz	25,—
Bank-Aktien		Ges f. el Unter. (100)	145,50	Stinnes Riebeck	51,25
		Glauziger Zucker	26,—	Tecklbg. Schiff	25.—
Bank elektr. Werte	6,9	Görlitzer Waggon	3,2	Tempelhoferfeld	37,—
Bank f. Brauind	2 3	Hamb El Wk (100)	99.75	Thüringer Zucker	13,5
Berl. Hand G. (100)	167.—	Harpener Bergwerk	151,25	Union chem. Prod.	23,—
Com. u Priv. Bk.	6 5/8	Hirsch Kupfer (150)	20,5	Varziner Papier (80)	6,—
Darmst. u Nat. Bank	13.8	Höchster Farben	27 7/8	Ver. Kohle Borna	39,—
Deutsche Bank (60)	13 3	Ilse Bergbau	29 7/8	Wanderer-Werke	15,5
Disk.Com Ant (40)	18.9	Jüdel & Co.	7,10	Wegel & Hüb. (100)	9.75
Dresdner Bank	9.3	Kahla Porzellan	11,40	Weisch -Weiß Brk.	195,—
Halle Bankverein	1,6	Kirchner & Co	33 7/8	Westeregeln Alkali	26,25
LeipzigerCred. Anst.	3,7	Kochlmann Stärke	31.70	Wolf Masch. Buck.	7,25
Reichsbank Anteile	79,5	Köln Rottweil	15,—	Wotanwerke	—
Sächsische Bank	64,5	Körbisdorf Zucker	127,—	Zeitz.Masch. A.(100)	54,40
Wien.Bkv.(M p.St)	6,75	Kraftwerk Thüring.	6,1	Zwickau.Masch.(20)	85,25

Berliner Freiverkehr vom 5. Februar 1925.

Kali Krügershall	12,05-13 3/8	Becker-Kohle	7,— 7,25	Ruß A. E. G.	2,8
Wittekind	8,25-8 3/8	Brown Boveri	1,6	Schebera	2,90 3,—
Api	1 7/8 2,25	Chem. Zeitz	0,32-0,34	Jul. Sichel	2,7-2,8
Dtsch. Petrol.	18,25-18,75	Gummi Elbe	16,—	Stoewer-Auto	13,— 13,25
Diam. Shares	18,50-18,75	Hagen&Rötteln	—	Straulauer Glas	22,00
Nationalfilm	0,7	Hochfrequenz	7,5	Winkelh. Cogn.	1,50-1,60
Ufa-Film	15,25-15,75	Manoli	1,15 1,2		

Leipziger Börse vom 5. Februar 1925.

Altenburg. Landkr.	1,5	Hetzer Weimar	1,3	Naumann-Brauerei	51,—
Busch Waggon Vrz.	13,—	Hupfeld, Ludw.	8,6	Paradiesb. Steiner	4,1
Chromo Najork(20)	93,5	Kästner, Carl	2,5	Pittler Werkzeug	173,—
Cröllwitzer Papier	14,—	Kirchner & Co.	33,8	Riquet & Co. (20)	100,
Dermatoid Wk. (20)	89 5	Körbisdorfer Zuck.	127,—	Schub.&Salzer(100)	157,—
Etzold & Kießling	10,—	Kriebisch Mühle	4,	Stöhr, Kammgarn	62,5
Falkenst. Gardinen	17,5	Landkr. Leipzig	8,3	Thür. Wollgsp.(100)	114,—
Gnüchtel. S Email	8,7	Leipzig Riebeck - B.	20,25	Tränk.& Würk.(100	93,75
Groß, Kunstanstalt	4,6	" Buchb. Fritzsche	4,2	Ullersdorf. W. (100)	86,—
Hall Pfännersch.	119 —	" Piano Zimm.	11,9	Wotanwerke	5,75
Hartmann S. Masch	6,9	LindnerGottfr.(100)	199,—	Zittau Mech. Web.	9,3

Leipziger Freiverkehr vom 5. Februar 1925.

Altenburg. Glash.	8,	Ley, Arnstadt	4,4	Samsonia	0,06
Bauchwitz Pscherer	0,5	Metallw. Borsdorff	42,	Seidel & Naumann	3,25
Busch Wagg.(p.St.)	22,	Nordd. Gem. 500	74,	Thür. Zuck-Walschl	14,—
Dähne Max	0 34	Nordd. Gem. 1000	153,—	Weidaer Jutte	67,—
Escher Bernh.	10,7	Parkhotel Leipzig	24.5	Wollhaar Hainichen	1,1
Heine & Co.	3,46	Reform Motoren	6,5		
Karnatzki	3,1	Rhein.-Hess. Treibr.	—		

*) Die hinter der Aktienbezeichnung in Klammern stehende Ziffer bedeutet den heutigen Goldwert und ist der dahinter verzeichnete Kurs in Goldprozent zu verstehen.

Notenkurse.

Berlin, 5. Febr. Polen 80,45—80,85, Oesterreicher 5,92 bis 5,94, Schweizer 80,96—81,36, Italiener 17,53—17,61.

Berliner Metallpreise.

Berlin, 5. Febr. Elektrolytkupfer 138,25, Raffinadekupfer 129—130, Weichblei 75—76, Rohzink 73—74, Aluminium 235—240, Bankazinn 530—540, Reinnickel 340 bis 350, Barrensilber 95,50—96,50.

Die drei Schönheitsfehler des Mundes

1. Der Zahnstein

ist ein Absatz des Speichels ähnlich wie der Kesselstein des Wassers. Er hat eine graugrüne, braune bis schwarze Färbung und ist zunächst ein Schönheitsfehler, der den Zähnen ein häßliches, ungepflegtes Aussehen gibt und einen üblen fauligen Geruch aus dem Munde verursacht. Er ist aber auch ein höchst gefährlicher Feind des Gebisses, weil er Zahnfleisch- und Kieferschwund sowie Zahnfleischentzündungen und Eiterungen verursacht. Er ist äußerst festsitzend und hart; oft umkleidet er in harter Kruste den ganzen Zahnhals, entblößt die Wurzel und verursacht ein Lockerwerden der Zähne.

2. Mißfarbener Zahnbelag

hervorgerufen durch starkes Rauchen von Zigarren und Zigaretten, ist weniger schädlich, aber ein um so auffallenderer Schönheitsfehler des Gebisses. Wie entfernt man Zahnstein und Zahnbelag? Weder mit Mundwasser noch mit sogenannten Lösungsmitteln; in dieser Beziehung ähnelt der Zahnstein auch dem Kesselstein, gegen den allerlei Lösungsmittel sich als wirkungslos erwiesen haben und die rein mechanische Beseitigung sich am besten bewährt. Millionen, die heute Chlorodont täglich im Gebrauch haben und ihre schönen weißen Zähne dieser Zahnpflege verdanken, haben es selbst ausprobiert, daß Mundwasser die mechanische Reinigungskraft der mikroskopisch feinen reinen Kreide im Chlorodont nicht ersetzen kann.

3. Übler Mundgeruch

als Folge mangelhafter Zahnpflege macht sich weniger dem davon Betroffenen, als seiner näheren Umgebung bemerkbar. Neutrale Salze im Chlorodont, die eine vermehrte Speichelbildung und dadurch eine natürliche Mundreinigung bewirken, in Verbindung mit dem herrlich erfrischenden Pfefferminzgeschmack beseitigen diesen markanten Schönheitsfehler unmittelbar. Jeder Tube Chlorodont ist eine genaue Gebrauchsanweisung beigefügt. Chlorodont-Zahnpaste und die dafür geeignete Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt sind die besten Hilfsmittel gegen den gefürchteten Zahnstein, mißfarbenen Zahnbelag und den oft damit verbundenen üblen Mundgeruch.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 8. Februar 1925. (Septuagesima)
Gesammelt wird eine Kollekte für den Verband evangelischer Kinderpflege in d. Provinz Sachsen.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr. Pastor Wuttke.
Vorm. 11 Uhr. Kindergottesdienst.
Donnerstag, abends ½7 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. — Pastor Wuttke.

Dom-Frauenhilfe Seminar.
Mittwoch, den 11. Februar nachm. 3½ Uhr.

Jungfrauen-Verein d. Vaterl. Frauen-Vereins. (Seffnerstraße 1).
Sonntag, abends ½8 Uhr: Versammlung.

Christl. Verein Junger Männer (Seffnerstr. 1).
Sonntag und Dienstag, 8 Uhr: Versammlung.

Christliche Gemeinschaft (i. d. L.)
Herberge zur Heimat. Eingang Brauhausstraße.
Mittwoch, abends 7,30 Uhr: Bibelbesprechstunde.

Volksbibliothek: Geöffnet wie bisher.

Stadt. Vorm. 10 Uhr. P. Angermann
Vorm. 11¼ Uhr Kindergottesdienst. P. Riem
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde, Breitestraße 18. Pastor Angermann.

Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abend 8 Uhr: Vortrag: „Aus Merseburgs Heimat- und Kulturgeschichte im 17. Jahrhundert" — Lehrer Gutbier
Donnerstag, abend 8 Uhr: Bibelstunde im Vereinshaus. — Hilfsprediger Bertram.

Evang. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag abend 8 Uhr: Chorgesang in der Herberge zur Heimat. Lehrer Busch. **fällt aus.**

Mittwoch abd. 8 Uhr: Versammlung. An der Geisel 5. P. Riem.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Past. Kratzenstein.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Meuschau. Vorm. 9 Uhr: P. Bruchmüller.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Boit.
Vorm. 10¾ Uhr Kindergottesdienst.
Montag, abds. 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhaus.
Dienstag nachm. 4 Uhr: Jahresversammlung der Frauenhilfe im Pfarrhaus.
Donnerstag, abend 8 Uhr: Jugendbund d. Neumarkts im Pfarrhaus.

Lössen. Nachm. 1½ Uhr. Pastor Boit.

Neu-Rössen. Vorm. 10 Uhr: Pastor Schumann.
11 Uhr: Kindergottesdienst „ „
Montag abend 8 Uhr: Kirchenchor.

Mittwoch nachm. ½5 Uhr: Choralstunde.
" abend 8 Uhr: Bibelstunde.

Katholische Gemeinden.

7,30 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 10 Uhr Hochamt m. Pred. 6 Uhr: Andacht. Vor dem Hochamt Kerzenweihe.

Neurössen. Sonntag 7,30 Uhr Frühmesse m. Pred. vorher Beichtgelegenh.; 10 Uhr Hochamt m. Pred.; 2,30 Uhr Andacht.

Naundorf. 11 Uhr Gottesdienst mit Predigt.
Krumpa. 8 Uhr Gottesdienst mit Predigt.

Christliche Versammlung Blanckestraße 1.
Sonntag abends 8 Uhr: Evangelisationsvortrag
Donnerstag abends 8 Uhr: Bibelstunde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250206-12/fragment/page=0008
DFG